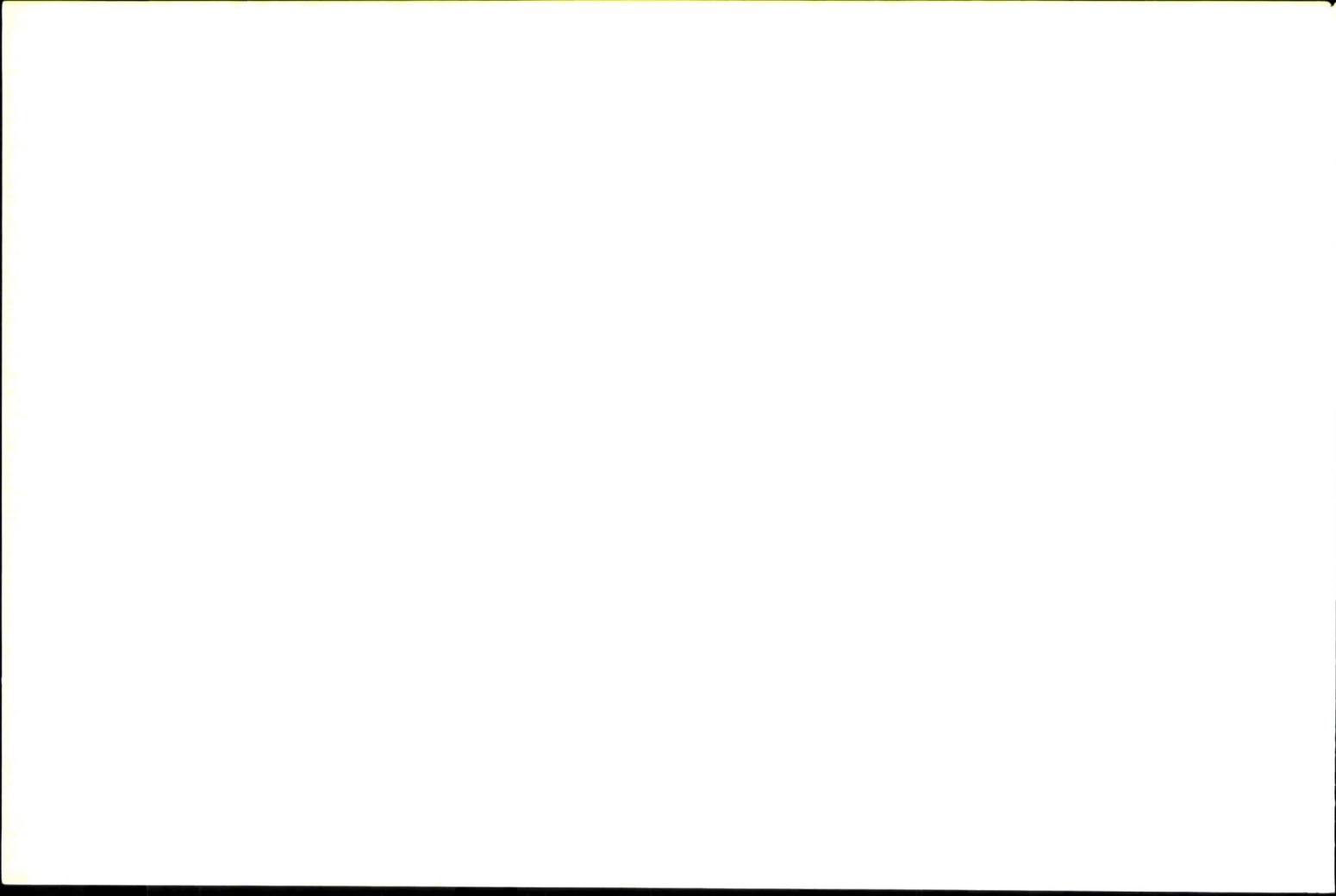


Regierungs- Programm

Mit der Rede des Vorsitzenden der CDU Rainer Barzel
vom Wiesbadener Parteitag 1972

**Wir bauen
den Fortschritt auf Stabilität**

CDU



Dr. Rainer Barzel

Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

**Rede
zum 20. Bundesparteitag der CDU
am 9. Oktober 1972
in Wiesbaden**

Herausgeber: CDU-Bundesgeschäftsstelle, 53 Bonn
Druck: Wiesbadener Kurier, Verlag und Druckerei GmbH, Wiesbaden

Die Stunde der Entscheidung

Verehrte Gäste, liebe Delegierte,

seit unserem letzten Parteitag im Oktober 1971 in Saarbrücken können wir diese Tatsachen verzeichnen: Wir haben – die Wahl in Baden-Württemberg gewonnen,

- die Geschlossenheit der Führung hergestellt,
- die innerparteiliche Demokratie belebt,
- die Grundsatzdiskussion wieder aufgenommen,
- die Finanzsituation verbessert
- die Organisation gestrafft,
- die Mitgliederzahl erhöht,
- die Information verbessert und
- die Öffentlichkeitsarbeit ausgebaut.

Der Generalsekretär, mein Kollege Konrad Kraske, wird dazu im einzelnen berichten. Ich möchte ihm – wie allen Mitgliedern des Präsidiums und des Bundesvorstandes – danken – ebenso wie allen Mitarbeitern der Partei auf Bundes-, Landes- und Kreisebene. Mein Dank gilt den Landes- und den Vereinigungsvorsitzenden, den Kreisvorsitzenden, allen Abgeordneten und allen Mitgliedern.

Die **Bundestagsfraktion**, die Kampfgemeinschaft von CDU und CSU, hat ihre auf eine klare Alternative angelegte Oppositorarbeit so erfolgreich festgesetzt, daß die Regierung Brandt vorzeitig aufgeben mußte. Ich verweise auf den schriftlichen Bericht der Fraktion, der mein Dank gilt – allen Kollegen und allen Mitarbeitern.

So haben wir durch konsequente Arbeit **die Stunde der Entscheidung herbeigeführt:**

Die Union steht bereit, durch eine bessere Politik zu Stabilität und Fortschritt, zu Erfolg und sozialer Gerechtigkeit, zu mehr Frieden und zu mehr Sicherheit zu führen.

Und wenn wir Frieden sagen, meinen wir den Frieden nach außen **und** nach innen. Dieser beruht auf Respekt und Toleranz und Rücksicht. **Verleumdung zerstört neben dem Frieden im Innern den, der sie ausspricht!**

Es geht um die politische Erneuerung der Bundesrepublik Deutschland. Kritiker sind nicht „Schreibtischtäter“! Und das Gewissen der Politiker darf nicht zur Handelsware abgewertet werden!

Ein neuer Anfang

Es geht um die **Umkehr** von einem Weg, der das früher Erreichte nicht bewahrt, sondern gefährdet.
Wir trauen uns zu, was Deutschland braucht:

EINEN NEUEN ANFANG!

Deutschland steht vor einer **grundsätzlichen Entscheidung**:

Erneuerung durch die **Union** im Geiste unserer Prinzipien
oder

Abgleiten in den **Sozialismus** der SPD.

Viele sind enttäuscht von der Führungsschwäche und von der Instabilität, von den Ergebnissen, von den Vorkommnissen und den Affären, von den Rücktritten und Ausrutschern, von den nicht eingelösten Versprechungen dieser Koalition. Diese Enttäuschung hat, wie wir wissen, gerade die ergriffen, die 1969 – zum Teil erstmals – SPD gewählt haben. Die meisten von diesen werden es zugleich letztmals getan haben, weil innerhalb der SPD – jedermann sichtbar – Sozialisten die Mehrheit erobert haben und die Sozialdemokraten in die Minderheit geraten sind. **Die Mehrheit der Deutschen aber will diesen Sozialismus nicht!**

Diese Mehrheit will Fortschritt durch Partnerschaft der Mitte, will Würde und Anstand der Führenden. Diese Mehrheit kann und wird sich für uns entscheiden, wenn wir

- mit dem moderneren Programm,
- mit der besseren Mannschaft,
- mit der größeren Festigkeit und
- mit überlegenerem Kampfgeist ans Werk gehen.

Diese Mehrheit im Volk wird mißtrauisch, wenn **die Fundamente in Gefahr** geraten. Und dies geschieht durch die SPD:

Wer erklärt, Stabilität sei bloß so ein Modewort und zugleich die Soziale Marktwirtschaft grundsätzlich in Frage stellt,
wer Fremdbestimmung statt Mitbestimmung will,
wer kollektive Vermögensfonds statt privaten Eigentums mit persönlicher Verfügungsgewalt anstrebt,
wer die breitere Streuung privaten Eigentums ablehnt, da auf diese Weise das „System“ stabilisiert werde,
wer mit der Steuerpolitik die Belastbarkeit der Unternehmungen erproben, den Ertrag sozialisieren,

die Leistung bestrafen, den Mittelstand auszehren sowie die Kinderreichen und die Ehe benachteiligen will,

wer den Zusammenschluß des freien Europa zur Politische Union nicht will,

wer den Kampf gegen den politischen Radikalismus nur halbherzig führt,

wer Manipulation durch Landespressoausschüsse will,

wer sich so einläßt, der will **eine andere, eine sozialistische Ordnung**, der zwingt uns **zum Kampf um die Grundsätze, um die Fundamente**.

Wir weichen dem nicht aus: **Auf die außenpolitische Öffnung nach Osten darf nicht die innenpolitische Öffnung für diesen Sozialismus folgen!**

Dieser Sozialismus nämlich macht alle ärmer, macht alle abhängiger.

Nirgendwo auf der Welt ist durch Sozialismus erreicht worden, was hierzulande für die breiten Massen sozial und human erreicht wurde durch Soziale Marktwirtschaft.

Inflation ist gegenwärtig der größte Gegner der Sozialen Marktwirtschaft. Die Mahnung des Präsidenten der Deutschen Bundesbank, des Sozialdemokraten **Klasen**, ist eindeutig: „Die Leistungsfähigkeit un-

serer Wirtschaft wird verringert. Der Regierung wird es immer schwieriger, notwendige Reformen durchzuführen, unser Sparkapital, unser gesamter Wohlstand schwindet dahin. Neue soziale Ungerechtigkeiten entstehen. Das ergibt weitere soziale Spannungen. Unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung wird gefährdet. Und schließlich wird unsere Demokratie in Frage gestellt.“

Dem kann man nur zustimmen.

Und ich stimme zu, wenn Herr Poullain dieser Tage sagte:

„Wenn ich Juso wäre, würde ich die Hände in den Schoß legen, die Entwicklung mit Ruhe betrachten und dann den richtigen Augenblick abwarten, um unsere Soziale Marktwirtschaft, die durch diesen Inflationsprozeß permanent ausgeöhlt wird, zu stürzen.“

Die Frage stellt sich: Warum tut dann der Kanzler nichts? Will er auch diese „andere Republik“? Duldet er Inflation als Mittel zur sozialistischen Veränderung der Gesellschaft?

Und: Warum hält sich der Kanzler für handlungsunfähig zur Bekämpfung der Inflation, der Preissteigerungen und des Finanzchaos? Derselbe Kanzler, der noch schnell einen Vertrag über Schicksalsfragen mit der DDR abschließen will, obwohl er ohne Mehrheit und ohne Parlament ist?

Hier wird deutlich, wo die Prioritäten dieses Kanzlers liegen – bei der Stabilität, also bei der Basis für Fortschritt und soziale Gerechtigkeit – liegen sie nicht; und bei der inneren Ordnung liegen sie auch nicht!

An **drei Beispielen aus der Gesetzgebungsarbeit** des 6. Deutschen Bundestages ist unschwer abzulesen, wohin die Reise geht, wenn hier etwa SPD und FDP eine Mehrheit bekämen:

- Nur über den Vermittlungsausschuß konnten wir einen Gesetzesbeschluß des Bundestages berichtigen, der zur Monopolisierung und Kommunalisierung des Grund und Bodens nach Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen geführt hätte.
- Nicht durchsetzen konnten wir im gleichen Gesetz eine Vorschrift, die **steuerliche Anreize für private Initiativen** auch zur Sanierung und Entwicklung vorsah. Die private Initiative wurde hier ausgeschlossen – aus ideologischen Gründen! Ergebnis: Dieses wichtige Gesetz liegt ungenutzt in Schreibtischschubladen, da die öffentlichen Hände es finanziell nicht bedienen können, private Initiative aber ausgeschlossen wurde. So führt Ideologie zur Verhinderung des nötigen Fortschritts. Wir hätten den Wiederaufbau mit dieser Ideologie nie finanzieren können und wären jetzt

mindestens zehn Jahre zurück, wenn wir alles nur aus Steuergeld hätten bezahlen wollen. So unterbleiben mögliche und nötige Sanierungen und Entwicklungen. Das ist unverantwortlich!

- Im **Hochschulrechtsrahmen-Gesetz** wollten SPD und FDP Grundrechte abhängig machen von ihren gesellschaftlichen Bezügen. Wer definiert diese Beschränkung der Individualrechte? Die Koalition schlug uns vor:

„Die Hochschulen und ihre Mitglieder sind gehalten, die Freiheit von Forschung, Lehre und Studium im **Bewußtsein ihrer Verantwortung vor der Gesellschaft** im Sinne des in Art. 5 Abs. 3 GG verbürgten Grundrechtes zu nutzen und zu wahren.“

Wir haben dieser unvertretbaren Einengung von Grundrechten nicht zustimmen können. Sie hätte der **Willkür Tür und Tor geöffnet** und die – ange-sichts der Lage an einigen Hochschulen – ebenso nötige wie dringende Vorschrift in der Praxis vor-aussichtlich ins Gegenteil verkehrt. Die Koalition bestand auf dieser Hintertür. Das Gesetz scheiterte mit der Regierung.

Bemerkenswert an diesen drei Punkten ist die **Einigkeit von SPD und FDP** in diesen Fragen, die doch von der Koalition eher sozialistisch, aber bestimmt nicht liberal beantwortet wurden!

Wille zur Leistung

Die Bundesrepublik Deutschland — unter Führung der Union aufgebaut — zählt zu den bedeutendsten Staaten der Welt: Politisch und wirtschaftlich, ebenso aber wegen der Ausgewogenheit ihrer Sozialstruktur.

Ohne persönlichen **Einsatz eines jeden** und ohne den **Willen zur Leistung** wäre das vielzitierte deutsche „Wirtschaftswunder“ nicht möglich gewesen.

Unsere, der CDU/CSU, politische Leistung hatte ihre Wurzel in dem geistigen Ansatz unserer Politik; in den fortschrittlichen Prinzipien, auf die wir sie gründeten; in der für uns unabdingbaren Verpflichtung zu sozialer Gerechtigkeit und vollkommener Einordnung unserer Interessen und unseres Potentials in das europäische Ganze.

Zu diesen Prinzipien gehören

Soziale Marktwirtschaft

statt Dirigismus und

Soziale Partnerschaft

statt Klassenkampf.

Hieraus entwickelten wir **moderne Konzeptionen für gesellschaftspolitische Schwerpunkte** und setzten

diese — durch Tagespolitik — erfolgreich um in eine bessere Gesellschaftsordnung. Ich erinnere an:

Wohlstand für alle,
Eigenamt für jeden,
Dynamische Rente,
Sozialen Wohnungsbau,
Aufstieg durch Bildung.

Wir haben nicht von Reformen geredet und Inflation bewirkt. Wir haben durch eine dynamische und sachgerechte Politik soliden Fortschritt verwirklicht und so die soziale Wirklichkeit zum Besseren verändert!

Ist die Leistung des deutschen Wiederaufbaus inzwischen zu selbstverständlich geworden? Haben wir so sehr gearbeitet, daß wir zu wenig auf die Renaissance jener unheilvollen Ideen achteten, die wir für tot hielten? Die aber — wie man unschwer sehen kann — nur totgeglaubt waren? Es feiern doch Urständ: Klassenkampf und Neutralismus, Radikalismus und Gewalt, Ertrags- und Leistungsverteufelung sowie die folgenschwere Verwechslung der Demokratie mit einem schlaffen Staat.

Diese **Geisteshaltungen der Verwirrung** sind eine politische und geistige **Herausforderung** an uns. Nun geht es um Grundsätze.

Ich kann nicht umhin, hier als **Wurzel vieler Übel die geistige Verwirrung** zu bezeichnen, die von denen ausgeht, die „Sozialismus“ sagen, ohne erklären zu können, was das konkret heißt.

Jede Politik ist zwar in Sachbereiche zerlegbar, und sie tritt meist auch so in Erscheinung, zum Beispiel als Innen-, Konjunktur-, Verteidigungs- und Sozialpolitik usw.

Das darf aber nicht ablenken von dieser Wahrheit: Alle diese Einzel-Politiken sind Antworten, die von **einem Ausgangspunkt, von einem KERN** her gefunden werden.

Und dieser KERN ist immer

- bei den Demokraten wie bei den Revolutionären, bei den Sozialisten wie bei uns –

gesellschaftspolitisch bestimmt, – nämlich durch das Bild vom Menschen, von der Freiheit, von der Gerechtigkeit, vom Staat, vom Eigentum und vom Rang, den wir den Rechten und den Pflichten des Einzelnen geben.

Wer wollte leugnen, daß unsere Sicht gesellschaftspolitisch anders ist als die der Sozialisten? Daß wir Leistung, Ertrag, Partnerschaft, Europa, Eigentum anders sehen?

Die Zeit ist gekommen, **diese Kontroverse zu sehen** und diese Konfrontation um die Fundamente zu führen – sachlich, fair, deutlich.

Die Geschichte wird uns nicht fragen, wie die gängige Tagesmeinung, wie unsere Laune oder unsere Lust waren, sondern allein dies:

Ob wir angesichts der Erfahrungen von Weimar, angesichts der Wirklichkeit des Kommunismus und angesichts der Einblicke, welche uns die gegenwärtige Lage und ihre Ursachen bieten, gewillt und imstand sind, die **FUNDAMENTE** dieses **uns anvertrauten freiheitlichen und sozialen Rechtsstaaten zu wahren und zu festigen**.

Es wird immer deutlicher, daß es in der deutschen Politik nicht mehr um Punkte und Kommata, sondern um **Grundsätze** und Grundrichtungen geht; daß im Parteienwettbewerb nicht mehr nur die **besseren Wege** zu den gleichen Ziel- und Wertvorstellungen eine Rolle spielen; **inzwischen hat ein Teil dieser Auseinandersetzungen bereits die Wert- und Zielvorstellungen selbst erfaßt**.

**Wir wollen Soziale Marktwirtschaft —
die anderen stellen sie zunehmend in Frage.**

**Wir wollen Stabilität —
die anderen verniedlichen die Inflation.**

**Wir wollen Mitbestimmung —
die anderen sind für Fremdbestimmung.**

**Wir wollen breiter gestreutes persönliches Eigentum
für jeden —
die anderen sind für kollektive Vermögensfonds
in den Händen der Mächtigen.**

**Wir wollen ein Steuerrecht, das dem Bild der huma-
nen Leistungsgesellschaft entspricht —
die anderen wollen durch Steuern die Leistung
bestrafen und so die Gesellschaft sozialisieren.**

**Wir wollen den Europäischen Bundesstaat —
die anderen haben ihn abgeschrieben.**

**Wir brauchen eine Politik, die das hart Erarbeitete
sichert und durch stabile Verhältnisse soliden Fort-
schritt ermöglicht, damit es gerecht zugeht in
Deutschland.**

Die Soziale Marktwirtschaft ist kein statisches, sondern ein **dynamisches** Wirtschafts- und Gesellschaftsprogramm für alle. Auf dem Erreichten dürfen wir nicht ausruhen. Deshalb muß die Soziale Marktwirtschaft so fortentwickelt werden, daß

- die persönliche Freiheit erhalten und
- noch mehr soziale Gerechtigkeit verwirklicht wird.

Freilich setzen Fortschritt und soziale Gerechtigkeit **stabile Verhältnisse voraus**.

Stabilität — ideelle und materielle Stabilität — ist für uns keine Illusion. Wir sind entschlossen, Stabilität zurückzugewinnen — durch mehr Anstrengungen. Wir müssen das tun, denn **Fortschritt gründet auf Stabilität**.

Mit unserem Kampf für mehr Stabilität wollen wir zugleich dafür sorgen, daß der einzelne nicht in immer größere Abhängigkeit vom Staat, vom Kollektiv, gerät, daß Vollbeschäftigung und Wachstum erhalten bleiben. Die sozial Schwachen sollen nicht länger die Hauptfeindtragenden des Inflationären Ver-
teilungskampfes sein.

Soziale Marktwirtschaft

In den **20 Jahren Sozialer Marktwirtschaft** unter unserer Führung ist es gelungen, eine ausgewogene und erfolgreiche Wirtschaftspolitik zu betreiben und zugleich zu beweisen, daß es einen Gegensatz zwischen der Förderung von öffentlichem und privatem Wohlstand weder gibt noch geben darf. Sollen öffentlicher und privater Wohlstand gleichermaßen gefördert werden, so müssen die **gesamtwirtschaftlichen Ziele des Stabilitätsgesetzes** gleichrangig verfolgt werden. Das ist der Union in den 20 Jahren, in denen sie in der Regierungsverantwortung stand, in hohem Maße gelungen.

Dies sagen, heißt: **Ludwig Erhard** danken!

Wir haben **gleichzeitig** für hohes Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und Preisstabilität gesorgt. Die Union hat die deutsche Volkswirtschaft in die freie Weltwirtschaft eingegliedert und den Europäischen Gemeinsamen Markt zum Nutzen aller Beteiligten mitbegründet. Wir wollen uns nicht selbstzufrieden auf die Schulter klopfen! Aber wir müssen den Klassenkampfparolen und Propagandalügen die Tatsachen gegenüberstellen:

- Das reale Sozialprodukt ist von 1950 bis 1969 im Jahresdurchschnitt um 6½ Prozent gestiegen.
- Die Arbeitslosenquote wurde von 10,4 v. H. im Jahre 1950 auf 0,8 v. H. im Jahre 1969 gesenkt.
- Gleichzeitig sind die **Lebenshaltungskosten** von 1950 bis 1969 im Jahresdurchschnitt nur um 2,2 v. H. gestiegen.
- Entsprechend hoch war der Realeinkommenszuwachs der Arbeitnehmer: Von 1950 bis 1969 konnten die Lohn- und Gehaltsempfänger im Schnitt **einen jährlichen Einkommenszuwachs, einen realen Zuwachs, von 5,4 v. H. verzeichnen**.

Unsere konkrete Politik mit dem Ziel „Eigentum für jeden“ fand ihren Ausdruck in der Förderung des Familienheimes, des Wohnungsbau-Prämien- und des Spar-Prämien-Gesetzes, in der Sozialen Privatisierung, in Volksaktien und in Belegschaftsaktien sowie in den beiden Vermögensbildungsgesetzen. Die **SPD** hat in 20 Jahren zwar kritisiert, aber **kein einziges Gesetz** zur Verbesserung der Vermögensverteilung vorgelegt!

Das Ergebnis unserer Politik hierzu befriedigt noch nicht, ist aber ein guter Anfang: So haben 45 Prozent aller Arbeitnehmerhaushalte prämien-begünstigte Sparverträge, 46 Prozent besitzen Sparanlagen nach dem Vermögensbildungs-Gesetz und 36 Prozent besitzen eigenen Grund und Boden.

So haben wir, soweit dies nach den verheerenden Kriegsfolgen möglich war, durch die Soziale Marktwirtschaft Wohlstand für alle und Eigentum für jeden

geschaffen. Wir sind mit den Ergebnissen noch nicht zufrieden. Aber **die Bilanz** braucht keinen Vergleich mit irgendeinem Ergebnis irgendeines Sozialismus zu scheuen!

Trotz dieser Bilanz kam es zur Regierung Brandt. Er wollte alles besser, sozialer, schöner, demokratischer, moderner machen.

Was ist daraus geworden?

Versprochen – nicht gehalten

In der Aussprache zu seiner Regierungserklärung habe ich am 29. Oktober 1969 erklärt:

„Der Schutt der Nachkriegsjahre ist weggeräumt, die Hektik des Wiederaufbaus ist vorbei. Sie treten Ihr Amt an bei Vollbeschäftigung, stabilem Geld und wohlgeordneten Finanzen. Sie finden auf den Gebieten der Bildungspolitik, der Finanz- und der Wirtschaftspolitik bessere Kompetenzen und ein gerade geschaffenes modernes Instrumentarium vor. Dazu treten die neuen Möglichkeiten des Arbeitsförderungs- und des Berufsbildungsgesetzes sowie die anderen Reformwerke der Großen Koalition. Wir werden sehen, Herr Bundeskanzler, wie Sie von diesem soliden Fundament aus den Nutzen des deutschen Volkes mehren.“

Ich konnte so sprechen; denn der Staat war in Ordnung, als **Kurt Georg Kiesinger** die Regierungsverantwortung abgeben mußte.

Was ist aus dieser Eröffnungsbilanz geworden? Nach drei Jahren der SPD/FDP-Regierung müssen wir feststellen:

- Die Staatsfinanzen sind zerrüttet.
- Die Bildungsreform ist gescheitert.
- Wir haben weniger wirtschaftliches Wachstum.

- Die Preisentwicklung ist außer Kontrolle geraten.
- Die Steuern werden erhöht.
- Der Bürger muß um seine Ersparnisse fürchten.
- Die sozial Schwachen sind die eigentlich Leidtragenden der Inflation.
- Der Abstand des bäuerlichen Einkommens hat sich vermehrt.
- Und bei alledem muß sich die SPD/FDP-Regierung den Vorwurf gefallen lassen, daß nicht nur der Bürger, sondern **auch der Staat durch die Inflation ärmer** geworden ist.

Tatsachen sind:

- Das **reale Wachstum des Sozialprodukts** bleibt von 1970 bis 1972 mit einem Jahresdurchschnitt von 3,8 v. H. weit hinter der Steigerungsrate der ersten 20 Jahre – 6,5 Prozent – zurück.
- Die **Preissteigerungen** sind von 1970 bis 1971 mit etwa 5 v. H. jährlich bei den Lebenshaltungskosten (1949 – 1969: 2,2 Prozent) und 11 bis 12 v. H. bei den Baupreisen **mehr als doppelt so hoch** wie in den Jahren einer von der CDU/CSU geführten Regierung.

- Das **Realeinkommen** der Arbeitnehmer wird sich 1972 bei einer Nominallohnsteigerung von voraussichtlich etwa $9\frac{1}{2}$ v. H. nur noch um etwa $3\frac{1}{2}$ v. H. erhöhen.
- Die Kaufkraft des von den privaten Haushalten seit der Währungsreform angesammelten **Geldvermögens** (417 Milliarden DM) ist allein im vergangenen Jahr um 23 Milliarden DM entwertet worden.
- Immer wieder zurückgeworfen wird der **Bausparer**. Wer zum Beispiel im Herbst 1969 anfing, auf ein Haus zu sparen, muß im Sommer 1972 feststellen, daß das gleiche Bauvorhaben um 35 Prozent teurer kommt.
- Die **Rentner** mußten im Jahre 1971 erstmals seit unserer Rentenreform von 1957 auf eine **reale** Steigerung ihres Einkommens verzichten. Das Rentenniveau erreichte 1971 mit 41,5 v. H. den niedrigsten Stand seit der von uns eingeführten dynamischen Rente. Wir haben hier die Initiative ergriffen und Hans Katzers Reform durchgesetzt!
- Neben den Rentnern und den Sparern trifft die Inflation vor allem die **kinderreichen Familien und die Bezieher kleiner Einkommen**, bei denen unter anderem die Erhöhung der **Mieten und Postgebühren** besonders stark ins Gewicht fällt.

Die **Lebenshaltung eines Kindes** hatte sich im Juli 1972 gegenüber dem Vorjahr um 6,5 v. H. verteuert.

Die Mieten sind im ersten Halbjahr 1972 im Schnitt um 5,9 v. H. gestiegen.

Die am 1. Juli in Kraft getretenen **Postgebühren erhöhungen** bedeuten, daß sich die Leistungen der Bundespost in der Größenordnung von einem Fünftel bis zur Hälfte verteuerten.

Mit ihrer Haushalts- und Finanzpolitik zielte die Bundesregierung nach ihren eigenen Versprechungen darauf ab, der „öffentlichen Armut bei privatem Wohlstand“ entgegenzuwirken und den „**Nachholbedarf**“ an öffentlichen Investitionen zu beseitigen.

In Wirklichkeit ist die Bilanz dieser Bundesregierung gerade im Bereich der öffentlichen Infrastrukturinvestitionen besonders besorgniserregend.

Während sich in 20 Jahren Sozialer Marktwirtschaft unter Führung der Union die Bauausgaben der öffentlichen Haushalte in den wichtigsten Infrastrukturbereichen zu 70 Prozent in realen Leistungsverbesserungen niederschlugen, ist seit 1969 der größte Teil der Mehr-Aufwendungen für Bauinvestitionen durch die Preissteigerungen absorbiert worden:

Im **Straßenbau** ist mit mehr Geld real weniger geschaffen worden.

Beim Bau von **Schulen** und **Hochschulen** hat nur gut die Hälfte, bei den **gemeindlichen** Anstalten und Einrichtungen gut ein Drittel und beim Bau von Krankenhäusern sogar nur etwa ein Fünftel des Ausgabenzuwachses zu einem realen Leistungszuwachs geführt.

In seinem Jahresgutachten 1971 sah der **Sachverständigenrat** zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung die Zusammenhänge so:

„Fatal bleibt in jedem Falle..., wie wenig auf Grund der stark expansiven öffentlichen Gesamthaushalte zweier Jahre – 1970 und 1971 – für die Erfüllung der staatlichen Aufgaben gewonnen wurde. Nach einer Ausgabensteigerung um zusammen 27 v. H. war, wegen der Preisentwicklung im Bereich der Nachfrage des Staates, dessen **realer Anteil am Produktionspotential niedriger als vorher.**“

So nimmt es nicht wunder, daß die öffentlichen Haushalte in eine **Finanzkrise ohne Beispiel** geschlittert sind, die zugleich Spiegelbild und Motor des inflatorischen Prozesses ist.

Die Regierung hat ihr Scheitern auch dadurch eingestehen müssen, daß sie **abtrat, ohne einen Haushalt verabschiedet zu haben** und ohne – der gesetz-

lichen Pflicht entsprechend – die nötige Bestandsaufnahme durch die erneuerte mittelfristige Finanzplanung vorzulegen. Gäbe es die heile Welt der Bundesfinanzen, die die Koalition wahrheitswidrig den Mitbürgern vortäuscht, so hätte die Regierung doch die Karten auf den Tisch gelegt! Sie hat es nicht gewagt!

Und nun hofft sie noch, die Wähler seien so dumm, das nicht zu merken!

Das Dilemma wird deutlich, wenn wir wissen, daß zum Beispiel das Land **Niedersachsen** sich zum ersten Male seit 1948 außerstande sieht, Haushaltssmittel für den öffentlichen Wohnungsbau bereitzustellen!

Die Bundesregierung verbreitet – wahrheitswidrig – den Eindruck, als seien die finanziellen Probleme der Bundesfinanzen die Folge kostspieliger und großer Reformen. Das ist nicht so. Die Bundesregierung kommt – wie überall, **wo Sozialisten regieren – mit dem Geld nicht aus**, weil die Inflation traut. Und das ist eine Folge ihrer Politik!

Durch Steuer- und Gebührenerhöhungen werden wir Schlag auf Schlag **zur Kasse gebeten** nicht etwa für Reformen, für Investitionen, für **zusätzliche** öffentliche Leistungen, für bessere Lebensbedingungen für morgen, sondern **allein für die Begleichung der Zeche der Inflation von heute.**

Der hausgemachte Anteil an der trabenden Inflation ist bedeutend und von der Regierung zu verantworten. Damit muß Schluß sein. Denn **Inflation ist Ausbeutung und Betrug am kleinen Mann!**

So stehen sich gegenüber:

5 Prozent Preissteigerung je Jahr bei den anderen,
— 2 Prozent bei uns.

3,8 Prozent realer Zuwachs des Bruttosozialproduktes je Jahr bei den anderen,
— 6,5 Prozent bei uns.

Diese Zahlen sprechen eine klare Sprache. Sie drücken den **Mißerfolg der Koalition** aus.

Trotz dieses offenkundigen Versagens hat man auf der anderen Seite nichts dazugelernt: Es wird — wieder mit den klangvollsten Worten — erneut allen alles, und das auch noch zugleich, versprochen. **Nicht schöne Worte über gute Ziele machen, sondern durch harte, sachgerechte Arbeit diese Ziele Schritt um Schritt verwirklichen — das ist konkrete Politik.**

Trotz seines Scheiterns behauptet der Kollege Brandt, die **bessere Lebensqualität könne nur auf seinem Wege erreicht werden.**

Ich denke, die Rentner, die Sparer, die Kinderreichen, die Studenten und die Berufsschüler, die Mieter und die Postbenutzer wissen aus ihren trüben

Erfahrungen, daß sie auf dem Wege des SPD-Sozialismus um die Früchte ihrer Arbeit und um ihre Ersparnisse ebenso wie um möglichen Fortschritt betrogen werden.

Und Brandt sollte es selber wissen! In seinem „Langzeitprogramm“ rechnet er aus, daß rund **fünf Prozent** reales Wachstum der Volkswirtschaft **zwangsläufig erforderlich seien, wenn seine Pläne verwirklicht** werden sollen, 5 Prozent reales Wachstum als Basis — **eine Zahl, die in seinen Regierungsjahren nie erreicht wurde**, die aber von uns über 20 Jahre lang übertraffen wurde!

So ist durch Brandt selbst bewiesen, daß er **nicht imstande ist, die wirtschaftliche Basis für sein eigenes Programm zu schaffen.**

Kritisieren wir — zu Recht und mit Zustimmung der Bevölkerung — die Inflation, so ist die Koalition

- schnellzüngig und unsolide — um **Ausreden** nie legen:
- Bald ist es das böse Ausland,
- bald ist es die Europäische Gemeinschaft,
- bald sind es die von den Jusos verteuften Unternehmer,
- bald ist es die Abwehr von Arbeitslosigkeit,

- auf jeden Fall sind, wenn man die Koalition zum Thema hört, **immer andere schuld an der Inflation.**

Auf diesen Schwindel fallen wir nicht herein! Was hier ist, ist „**hausgemachte Inflation**“, – so Karl Klassen, SPD, Präsident der Bundesbank. Und das Wort „Inflation“ steht nicht nur in den Dokumenten der CDU/CSU! Es steht vor allem in den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank!

Dieser Regierung ist der traurige Rekord gelungen, mit der höchsten Preissteigerungsrate das niedrigste Wachstum zu verschmerzen!

Man verschone uns mit allen Ausreden!

Zur Zeit unserer zwanzigjährigen Regierung gab es in anderen Ländern mehr Arbeitslose als bei uns, mehr Preissteigerungen als bei uns, gab es Probleme aus der internationalen und europäischen Verflechtung unserer Volkswirtschaft. Trotz all' dieser Widrigkeiten waren wir – durch konsequente soziale Marktwirtschaft – Spitzenreiter in Stabilität **und** Vollbeschäftigung.

Gesicherter Geldwert und gesicherter Arbeitsplatz sind, das ist in 20 Jahren bewiesen, zugleich möglich!
Wenn die SPD das nicht kann und nicht will, soll sie die Regierungsverantwortung abgeben!

Wer aus dem möglichen und nötigen Sowohl-Als-Auch von Stabilität und Vollbeschäftigung ein Entweder-Oder macht, wie die SPD, der ist weder geeignet nach den Erkenntnissen moderner Wirtschaftswissenschaft noch nach den Ergebnissen, die wir mit Sozialer Marktwirtschaft erreicht haben.

Ich gehe hier heute einen Schritt weiter: Es ist finstere Manipulation und offenbar dunkelste Unkenntnis, **Inflation** – also Betrug vor allem am sozial Schwachen – **als Dauereinrichtung** zu proklamieren. Wer das tut, muß wissen: **Auf länger andauernde Inflation folgt länger andauernde Arbeitslosigkeit!** Wer heute 5 Prozent Inflation verharmlost, führt morgen 5 Prozent Arbeitslosigkeit herbei!

Zum Zusammenhang zwischen Inflation und Europa-Politik muß ich, es ist nötig, wenigstens diese eine Bemerkung machen:

Innerhalb der EWG ist die Bundesrepublik Deutschland wirtschaftlich eine bedeutende Kraft. Was von hier ausgeht, ist wichtig für alle. **Wir sind nicht**, wie man uns aus dem Lager der Koalition – tatsächlich widrig – einzureden sucht, **die Opfer**, die passiven Dulder der Fehler anderer! Die Bundesrepublik Deutschland ist wegen ihrer wirtschaftlichen Stärke immer – so oder so – ein **aktiv Handelnder**! Wenn wir – wie 20 Jahre lang – Stabilität produzieren,

wirkt das auf die ganze Gemeinschaft. Wenn wir — wie gegenwärtig — Inflation produzieren, wirkt das auch auf die ganze Gemeinschaft. Und wenn die Bundesregierung sich noch **Inflationszahlen** als Leitlinien aus Brüssel bestellt, statt dort auf **Stabilitätszahlen** zu dringen, dann wird es vollends zur Unwahrheit, Instabilität hier als Folge und Preis Europas zu bezeichnen.

Da es gleichwohl so geschieht, stellt sich die außenpolitische Frage ein, ob hier Europa — bewußt und fälschlicherweise — zum angeblichen Sündenbock gestempelt werden soll. Um Herrn Bahr zu zitieren, der ja die politische Vereinigung des freien Europas wegen des Vorranges seiner Ostpolitik nicht will, hier „riecht“ es nach Bahr!

Ein anderes muß hier, und zwar mit aller Konsequenz, gesagt werden: **Die deutsche Politik ist in Gefahr, sich zu verengen, zu sehr die eigenen Probleme zu sehen, nicht genug die Luft dieser zusammenwachsenden Welt zu atmen und sich mehr aufs Verteilen des Kuchens zu verlegen als darauf, ihn unübertroffen zu backen!**

Wenn wir modern bleiben, also auch morgen gesicherte Arbeitsplätze, soziale Sicherheit und humanen Fortschritt wollen, dann müssen wir — nicht nur alle vier Jahre bei einer Olympiade, sondern täglich!

— zur Kenntnis nehmen, daß die anderen im **weltweiten Wettbewerb** da sind, daß sie Fortschritte machen, daß sie uns herausfordern! Nur wenn wir da wenigstens mithalten, werden wir zu Hause Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Fortschritt behalten.

Wenn wir gar mehr wollen als behalten, was wir haben, müssen wir **weiter vorn sein als die anderen!**

Deutsche Politik darf deshalb nicht auf die Frage reduziert werden, was man wie neu **verteilen** kann. Wir müssen — und wer Daten und Tendenzen kennt, nimmt das schon im Interesse gesicherter Arbeitsplätze sehr ernst! — wir müssen zuerst darauf achten, was wann wie und zu welchen Kosten **geschaffen und geleistet** wird! Erst Kuchen backen — dann verteilen und verzehren! Wer nicht weiß, wie er die Probleme der Gegenwart meistern soll, obwohl er die Verantwortung dafür trägt, der hat keinen Anlaß, auf die Zukunft zu verweisen und den Eindruck zu erwecken, er wisse, wie diese Zukunft und ihre Finanzierung zu bewältigen sei.

Durch die Ergebnisse der Politik der Koalition ist der kleine Mann ebenso betrogen wie der Leistungswille des Einzelnen.

Diese Koalition zeichnet sich aus durch Steuererhöhungen und durch Inflation, durch große Worte und negative Bilanzen.

Die für den letzten Bundestag wichtigsten innenpolitischen Reformen – nach Meinung aller Parteien wichtigsten, nach ganz überwiegender Mehrheit aller Bürger wichtigsten – sind gescheitert:

Bildungsreform
und

Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital.

Die Bundesregierung hat zu der **Kernfrage der heutigen Vermögenspolitik** – der stärkeren Beteiligung breiter Schichten am wirtschaftlichen Produktivvermögen – weder einen Gesetzentwurf vorgelegt noch auch nur ein taugliches Konzept entwickeln können.

Wir haben ein Programm in Gesetzesform vorgelegt.

Wäre dieses Programm zur besseren und breiteren Eigentumsstreuung bereits verabschiedet worden, was ja durchaus möglich und von uns beantragt war, so wären 1971 und 1972 12 Milliarden DM als persönliches Eigentum den unselbständig Tätigen zugeflossen.

Das hat die Koalition **verhindert**.

Ob das sozialistisch ist,
weiß ich nicht.

Aber ich weiß,
daß es weder sozial noch gerecht ist!

Hier sind die Inflationsverluste der Sparer in Höhe von mindestens 40 Milliarden DM in den letzten beiden Jahren einzurechnen.

Hinzu kommt,
daß die Sparzinsen geringer sind als die Preissteigerungen. Gleichwohl sind die Spitzen der Koalition „stolz“ auf ihre Bilanz.

Worauf eigentlich?

Die notwendige Bildungsreform – von Regierung und Opposition als erste Priorität bezeichnet – ist gescheitert.

Drei für den bildungspolitischen Fortschritt **vertane Jahre** liegen hinter uns.

Es ist weder gelungen,

- einen Bildungsgesamtplan aufzustellen und
- ein Bildungsbudget zu verabschieden und
- das notwendige Hochschulrahmengesetz zu beschließen und

- Schwerpunkte in der Forschungsförderung festzulegen und
- ein mittelfristiges Sach- und Finanzprogramm für die von der Bundesregierung geförderten Forschungsinstitute und Forschungszentren vorzulegen.

Ideologische Voreingenommenheiten und die fehlende Abstimmung mit den finanzpolitischen Realitäten haben neben der Unentschlossenheit und dem mangelnden persönlichen Interesse des Kanzlers für diese Fragen zu diesem Scheitern geführt.

Das Versagen des Bundes wirkt sich auf die Länder aus.

Aber haben wir nicht wenigstens, so lamentiert die Koalition im Angesicht dieser unbestreitbar negativen Bilanz, mehr Geld ausgegeben für Bildung? Richtig ist, daß der Bund erst seit 1970 nennenswerte Zuständigkeiten für Bildungspolitik hat. Und richtig ist auch, daß die Steigerungsrate der Bildungsausgaben des Bundes beträchtlich ist. Ebenso richtig ist leider, daß – der Inflation wegen – auch in diesem Bereich mit sehr viel mehr Geld real sehr wenig erreicht werden konnte.

Und richtig ist auch, daß die Zulassungsbeschränkungen für einige Fachbereiche noch verschärft wurden.

Das Ärgerlichste aber ist, daß die SPD nun bildungspolitisch resigniert. Unter „ferner liefern“, ganz am Schluß, kommt im „Wahlaufruf“ der SPD die **Bildungsreform als ein Erinnerungsposten** vor, dem nicht einmal ein Satz gewidmet wird.

Nun ist es aber so, daß diese Reform trotz des Scheiterns der SPD **objektiv geboten** ist. Die Priorität Bildung ist mit dem Scheitern der SPD nicht gestorben. **Für uns bleibt diese Priorität.**

Wenn die Sozialisten dieser Tage – wahrheitswidrig – für sich in Anspruch nehmen „**die ersten Umweltschutzgesetze**“ auf den Weg gebracht zu haben, dann muß ich, zur Ehre älterer Kollegen, widersprechen. Natürlich bleibt hier noch viel zu tun. Aber die Wahrheit gebietet, gerade mit dem Blick auf andere Länder, diese Meilensteine des Umweltschutzes wenigstens beim Namen zu nenne:

- Wasserhaushaltsgesetze, 1957, 1964, 1969;
- Atomgesetze, 1959;
- Luftreinhaltung und Lärmbekämpfung in der gewerblichen Wirtschaft, 1959;
- Vorsorgegesetz zur Luftreinhaltung, 1965;
- Baulärmgesetz, 1965.

Und unvergessen ist der Beitrag, den Kollege Stoltenberg mit unserer Unterstützung zur **Förderung**

der Entwicklung umweltfreundlicher Technologien geleistet hat.

Hierher gehört auch ein Wort über die Bilanz zur **inneren Sicherheit**:

- Die **Kriminalstatistik** für das Jahr 1971 ist von der Bundesregierung nicht vorgelegt worden.
- Das **Gesetzespaket zur inneren Sicherheit**, das der Deutsche Bundestag im Juni 1972 unter dem Druck der öffentlichen Meinung verabschiedete, nachdem die Verbrechen der Baader-Meinhof-Bande den Zusammenhang zwischen politischem Radikalismus und Kriminalität unbestreitbar bewiesen hatten, – diese Gesetzgebung war ein Werk der Opposition: Die Bundesregierung hatte noch kurz vorher unseren Antrag als „Geschäft mit der Angst“ abzusagen versucht!

Die **Aktivität radikaler Ausländerorganisationen** hat eine schwere Bedrohung der inneren Sicherheit unseres Landes gebracht. Leib und Leben unserer Bürger sind in Gefahr, weil ausländische Radikale ihre innenpolitischen Auseinandersetzungen auf deutschem Boden austragen.

Politisch motivierte Gewaltakte bis hin zum Mord wie in den letzten Jahren hat es in diesem Ausmaß

in der Bundesrepublik noch nie gegeben. Es wird zwar etwas weniger demonstriert und randaliert als vor einigen Jahren, dafür aber mehr terrorisiert und gemordet. Die Bundesregierung selbst gibt an, daß etwa 50 politisch extreme, zu terroristischen Betätigungen neigende Ausländergruppen im Bundesgebiet existieren.

Ich habe von Anfang an die Auffassung vertreten, daß Maßnahmen gegen gewalttätige ausländische Organisationen sich nicht allein auf die palästinensischen Terroristen erstrecken sollten, sondern daß **alle** ausländischen Gruppen im Bundesgebiet, die die Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele ansehen, ohne Rücksicht auf ihre Nationalität und ihre politische Motivation verboten und ihre Mitglieder **ausgewiesen werden sollten**.

Entschlossene Maßnahmen gegen Terroristen aller Art sind notwendig, um weiteren Anschlägen vorzubeugen. Die staatlichen Institutionen dürfen nicht erst dann handeln, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist. Die Wahrung der Autorität des demokratischen Rechtsstaats erfordert, daß die politische Führung dem **Gedanken der kämpferischen** Demokratie entsprechend handelt. Voraussetzung für die Wiederherstellung der inneren Sicherheit in unserem Land ist **die Wiedergewinnung der inneren Sicherheit der verantwortlichen Staatsführung**.

Frieden in Freiheit

Auch auf die **außenpolitische Eröffnungsbilanz** der Regierung Brandt müssen wir zurückkommen. In der Aussprache über die Regierungserklärung im Deutschen Bundestag erklärte ich am 29. Oktober 1969 für uns:

Außenpolitisch bleibt festzuhalten:

Frankreich setzt die Akzente seiner Europa-Politik näher zu den unseren.

Polen zeigt Gesprächsbereitschaft.

Die **Sowjetunion** beginnt über Mitteleuropa neu nachzudenken.

Die Verantwortlichen in **Ostberlin** beginnen sich von starren Formeln zu lösen.

Das **weltpolitische Gespräch** bei den Großmächten wendet sich den Raketen-Problemen zu und nimmt — endlich — auch politische Spannungsursachen als Thema auf.

Seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland stand kein Bundeskanzler bei seinem Amtsantritt in einer vergleichbaren Situation ...

Wir bieten Ihnen in aller Form die Möglichkeiten an, **in Lebensfragen der Nation die KOOPERATION ALLER zu erreichen.“**

Der Bundeskanzler hat — statt diese mögliche und nötige Gemeinsamkeit zu nutzen — **Streit** gesucht. Eine recht günstige außenpolitische Konstellation ist vertan worden. Wegen fehlender Gemeinsamkeit wurden die Erfolgsschancen und die Durchsetzungsmöglichkeiten der deutschen Politik erheblich gemindert. Am Schluß war der innere Friede hochgradig in Gefahr.

Die schon aus der Zeit Adenauers bis in die Große Koalition reichenden Ansätze und ernsthaften Versuche, mit der Sowjetunion zu Verträgen über einen **Gewaltverzicht** zu kommen, wurden von der Regierung Brandt mit Inhalten und Akzenten versehen, die wir als gefährlich ansehen mußten. Wir konnten die Unterschriften unter die Verträge nicht verhindern und mußten zur Vermeidung fundamentaler und irreparabler Schäden **regulierend und verändernd eingreifen**.

Es galt zu erreichen, daß

- durch von uns gewonnene Wahlen Anwendung

und Auslegung des Vertragswerkes in unsere Hand kommen und

- eine an den Menschenrechten, am Artikel 7 des Deutschland-Vertrages und am Grundgesetz ausgerichtete Deutschland-Politik rechtlich **und** tatsächlich möglich bleibt.

Es gelang, diese Fragen so zu lösen,

- daß, von daher, keinerlei Gefahren für unsere **inneren Ordnung** entstehen müssen, was ja viele – nicht grundlos – befürchteten;
- daß die **Zuordnung der Bundesrepublik Deutschland** zum Westen und zum freien Europa nicht automatisch gefährdet ist;
- daß wir weiterhin auf friedliche Weise die Verwirklichung des **Selbstbestimmungsrechtes** des ganzen deutschen Volkes anstreben können, ohne daß man uns beschuldigen darf, eben dadurch einen Gewaltverzichtsvertrag zu brechen.

Die Koalition versucht den Eindruck zu erwecken, als habe die Ostpolitik uns aus allen Widrigkeiten des Ost-West-Gegensatzes herausgebracht. Wer die Lage nüchtern und nicht durch die rosa-rote Brille sieht, der beurteilt die Situation anders:

Hat etwa der Kommunismus seine Ziele aufgegeben? Sind unsere Landsleute etwa frei und bestimmen ihre politischen Verhältnisse selbst?

Dürfen sie mit uns, ihren Verwandten, Freunden und Landsleuten verkehren, wie sie es wünschen und wie es möglich wäre?

Sind etwa all' die Hoffnungen in Erfüllung gegangen, die der Bundeskanzler für den Fall des Abschlusses von Verträgen und Vereinbarungen gemacht hat?

Nicht einmal alle **gegebenen Zusagen** der Vertragspartner werden eingehalten.

Wir können – nicht in Illusionen versponnen – wieder übersehen, daß die Staaten des Warschauer Paktes ihre **Haushaltsmittel für die Rüstung** Jahr auf Jahr um 5 Prozent, real um 5 Prozent, steigern, noch können wir verschweigen, daß der **Osthandel** seit den Verträgen – weit entfernt davon, hier zu Vollbeschäftigung und Geschäft ernsthaft beizutragen – stagniert. Wir wollen diesen Handel. Nur: Er war schon besser – und zwar **vor** den Verträgen.

Wir übersehen auch nicht, wie die Nachgiebigkeit der Bundesregierung dazu geführt hat, daß

- die **Tschechoslowakei** ihre unerfüllbare Forderung eher härter vertritt und

- **Bulgarien und Ungarn** immer noch nicht diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland hergestellt haben.

Und von **China** spräche keiner, wenn wir nicht — auf Grund schon länger andauernder Kontakte — schließlich durch Gerhard Schröders Reise die Bundesregierung praktisch vor vollendete Tatsachen gestellt hätten.

Man darf gehörige Zweifel hegen, ob unser internationales Ansehen, unser außenpolitisches Gewicht tatsächlich seit 1969 gefestigt oder gar vermehrt worden ist. Es ist draußen nicht ungehört geblieben, was Herr Bahr, den man wohl als den eigentlichen Außenminister ansehen darf, erklärt hat und was zu decken er dem Bundeskanzler erlaubte:

Er hat am 4. Juni 1972 in einem Fernsehgespräch mit Günter Gaus unserem Ziel der politischen Vereinigung des Freien Europa eine klare Absage erteilt, der nationalstaatlichen Lösung den Vorzug geben und das begründet mit der Rücksicht auf Osteuropa. Das ist die Abkehr von der Politik Konrad Adenauers, zu der sich die SPD im Godesberger Programm — nach jahrelangem Widerstand — schließlich und angeblich durchgerungen hatte.

Meine Kollegen und ich sind im Inland wie im Ausland oft von Europäern darauf angesprochen wor-

den. Da gab es besorgte Fragen nach dem Wideraufleben einer uneuropäischen, nationalistisch-opportunistischen, deutschen Schaukelpolitik. Solche Fragen verstärkten sich, seit der Bundeskanzler — im Bundestag darauf angesprochen — davon nicht abrückte. Er selbst hatte schon vorher die politische Einigung des Freien Europa zur Sache der „nächsten Generationen“, die von Moskau ausgehende Sicherheits-Konferenz aber für vordringlich erklärt.

Mit dieser Verlagerung des Schwergewichts drohen wir — auch außenpolitisch — die Balance zu verlieren. Wir wollen Frieden und Zusammenarbeit in Europa, aber wir bauen auch hier den Fortschritt auf Stabilität — auf die Stabilität des Bündnisses und auf die Stabilität der Europäischen Gemeinschaft!

Ich hatte vor, nun ein Kapitel anzuschließen, das sich mit dem Versprechen des Kanzlers befaßt, „mehr Demokratie zu wagen“.

Ich verzichte darauf, denn es hat sich herumgesprochen, was alles der Kanzler selbst sich gelei-stet hat; wie er auf Kritik mit dem Ruf nach Disziplin reagiert und wie er unbegreiflich zögert, wo Disziplin am Platz ist: beim Kampf gegen die Ver-fassungsfeinde.

Brandt ist gescheitert

Bei einer solchen Bilanz ist es kein Wunder, daß die erste SPD-Regierung seit Jahrzehnten nicht einmal eine volle Amtsperiode durchstehen konnte! Die Bundesregierung **Brandt ist gescheitert**.

Viel ist in drei Jahren verwirtschaftet worden. Zu viel ist verwirtschaftet worden. Dieser Weg muß gestoppt werden! Wir fordern die Wähler auf, mit uns das Ruder herumzureißen! Umkehr tut not!

Sozial und gerecht ist das nicht, was die Regierung Brandt bewirkte. Und solide ist es auch nicht. Die Kasse stimmt nicht mehr und die Stabilität ist weg.

Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition haben wir deutlich gemacht. **Unser Programm** für die neue Regierung wird auf diesem Parteitag präzise und konkret deutlich werden. **Wir werden dabei in keinem Bereich einfach da wieder anfangen können, wo wir 1969 aufgehört haben!**

Wer zurück zum Erfolg will, muß den **dringenden Wechsel** mit dem Wahlzettel herbeiführen.

Die **Ursachen** des Scheiterns der Regierung Brandt liegen nicht nur in der merkwürdigen Widernatürlichkeit der Koalition. Sie liegen vor allem im **inneren Zustand der SPD**, in der – ich wiederhole – die Sozialdemokraten in die Minderheit geraten und die Sozialisten zur Mehrheit geworden sind. Man streitet um den Inhalt des Godesberger Programms. Und da niemand sagen kann, was „demokratischer Sozialismus“ ist, **fehlt die fundamentale Übereinstimmung in der Substanz**. Die Folge ist nicht nur eine Politik, die aus Schlagzeilensucht und Tageskompromiß besteht und zur Nachlaufbewegung der Demoskopie wird, – nein, es ist schlimmer: Es steht zu befürchten, daß „Systemveränderung“ der kleinste gemeinsame Nenner sein wird, auf den sich diese Partei einigen wird. Ich brauche nicht dazulegen, was das für unser Volk, für unseren Staat bedeuten würde. Die Sicherung und Fortentwicklung der Freiheit des einzelnen ist die grundlegende Aufgabe der Politik.

Freiheit garantiert nicht der, der systemüberwindend die Gesellschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft abschaffen will. Vielmehr muß der Freiheitsspielraum durch die **ständige Humanisierung** dieser Gesellschaftsordnung vergrößert werden.

Hierzu gehört, für alle Bürger gleiche Startchancen zu schaffen, denn ohne Gleichheit der Chancen ist Freiheit oft nur Freiheit des Reicherer, des Mächtigeren. **Gesellschaftspolitik entscheidet über die Zukunft der Humanität und der Freiheit, also über die Zukunft der Demokratie!**

Wer Soziale Marktwirtschaft sagt, aber Leistung als unnötig und altmodisch abqualifiziert, Unternehmer verteufelt und zuläßt, daß die sozial Schwachen immer stärker vom wirtschaftlichen Fortschritt aus-

gesperrt werden – auch der will eine „andere Republik“.

Soziale Marktwirtschaft – das ist zuerst eine vom freiheitlichen und sozialen Menschenbild ausgehende Vorstellung der Gesellschaftsordnung, ist zunächst **Ausdruck einer Wertvorstellung**. Und nur wer diese Ordnung mit diesem Inhalt bejaht, wird die daraus folgende Politik erfolgreich handhaben können. Und es gibt nichts Erfolgreicheres als Soziale Marktwirtschaft!

Unser Ziel: Die humane Leistungsgesellschaft

Zu Beginn sprach ich **von unseren Prinzipien**, aus denen wir unsere **Konzeptionen** mit Erfolg entwickelt haben. Hinter alledem steht unser Bild vom Menschen – von seiner Würde und seiner Verpflichtung für den anderen, für die Gesellschaft und für den Staat. Deshalb ist für uns **Fortschritt nur da, wo sich der Mensch mit seinen Rechten voller entfalten kann, wo diese Freiheit alltagswirksam in ihrer sozialen Basis so gestärkt wird, daß sie vom Papier der Verfassung zur realen Möglichkeit wird; und nur dort, wo der Mensch seine Verpflichtung für den anderen erkennt, ernst nimmt und verantwortlich verwirklicht.**

So kommen wir zu diesen Konsequenzen: Einmal: der Mensch hat einen Wert auch ohne Leistung. Hieran müssen wir erinnern, bevor wir – zum anderen – der richtigen und für unsere Politik folgenschweren Feststellung zustimmen: Ohne Leistung geht es nicht – nicht in der Schule, nicht im Beruf, nirgends! Also sagen wir **Ja zur Humanen Leistungsgesellschaft**. Der Mensch ist wichtiger als die Sache, wichtiger als der Apparat.

Mit dieser „Humanen Leistungsgesellschaft“ ist etwas Verpflichtendes gemeint: Eine Gesellschaft,

- die sich am Menschen, an seiner Würde und an seiner Freiheit orientiert;
- in der Soziale Sicherheit und Wohlstand für alle verwirklicht, Eigentum für jeden und Aufstieg durch Bildung – nicht durch Reichtum oder durch Privilegien! – erstrebt werden.

Indem wir das so begreifen, muß unsere staatliche, auf das Gemeinwohl orientierte Politik für dieses Ziel jetzt diese Schwerpunkte setzen und – im Rahmen des Vorranges der Stabilität – verfolgen:

- Ausbau der Sozialen Sicherheit,
- Verbesserung der Chancengerechtigkeit im Bildungswesen,
- Gerechtere Streuung des privaten Eigentums,
- Verstärkung der Sozialen Dienste und Ausbau der Gesundheitspolitik,

- Schutz der Umwelt und Sicherung ausreichender Energie.

Wir werden am Mittwoch dazu im Einzelnen unsere Pläne darlegen, wenn wir unser Regierungsprogramm vortragen.

Und es wird mehr von unseren Grundsätzen, von unserer Rangordnung der Werte und dem geistigen Ansatz unserer praktischen Politik deutlich werden, wenn heute nachmittag **Richard von Weizsäcker** den

Zwischenbericht der Grundsatzkommission erstatten wird. Schon jetzt möchte ich ihm danken!

Unsere praktische Politik lebt aus dem Geiste dieses Berichtes und sucht die Grundsätze zu verwirklichen, die er enthält. Wir gehen nicht als opportunistische Pragmatiker in die Wahl und in die Regierung, sondern als Frauen und Männer, die Prinzipien und Konzeptionen durch Tagesarbeit Stück um Stück zur Neuen Wirklichkeit machen!

Gemeinsam werden wir es schaffen

Wir brauchen eine neue Politik und eine **starke Regierung**; eine Regierung, die das Notwendige und Richtige tut; eine Regierung ohne falsche Rücksichtsnahme auf Gruppeninteressen oder das angebliche Populäre; eine Regierung mit langem Atem und guten Nerven.

Manche suchen uns einzureden, eine solche Regierung könnten wir aus eigener Kraft nicht zu standebringen. Das ist Geschwätz! Eine Regierung wird nicht stark durch die über die Mehrheit hinausgehende Zahl der Abgeordneten, die sie tragen. Eine Regierung wird stark durch die innere Kraft ihres Programms, ihrer Entschlossenheit, ihres Führungswillens und durch die Geschlossenheit von Regierung, Partei und Fraktion.

Wir, die Union, sind die **einige Volkspartei** in Deutschland. Die Übereinstimmung in politischen Grundsatzfragen ist bei uns ausgeprägter als bei unseren Konkurrenten. Natürlich wirken Gruppen auf uns ein. Aber es sind verschiedene Gruppen. Wir sind nicht abhängig von **einer** dieser Gruppen, wie etwa die SPD. Und: Wir haben einen gemeinsamen geistigen Ansatz, der unter uns unbestritten ist.

Die Voraussetzungen für eine gute und starke Regierung sind also gegeben, wenn die Wähler uns eine klare Mehrheit im Deutschen Bundestag geben.

Die **Zeit der Entscheidung** ist gekommen. Herkömmliche parteipolitische Einstellungen verblassen, verlieren an Bedeutung vor der Grundentscheidung, um die es geht. Wir sind dem christlich-sozialen Erbe verpflichtet und wissen, daß dies auch das **liberale Erbe umgreift**.

In die deutsche Politik müssen wieder Nüchternheit, Augenmaß und Realitätssinn sowie die Entschlossenheit zu **Grundsätzen** einziehen.

Wir scheuen uns nicht, **Politik als die Kunst des Möglichen** zu begreifen.

So versprechen wir nicht jedem alles — zugleich und sofort —, sondern wir mahnen zur Besinnung auf die **staatsbürgerlichen Pflichten** und zur **Rücksicht auf das Recht des anderen**.

Nur so werden wir unsere Rechte und unsere Freiheit immer wieder neu gewinnen.

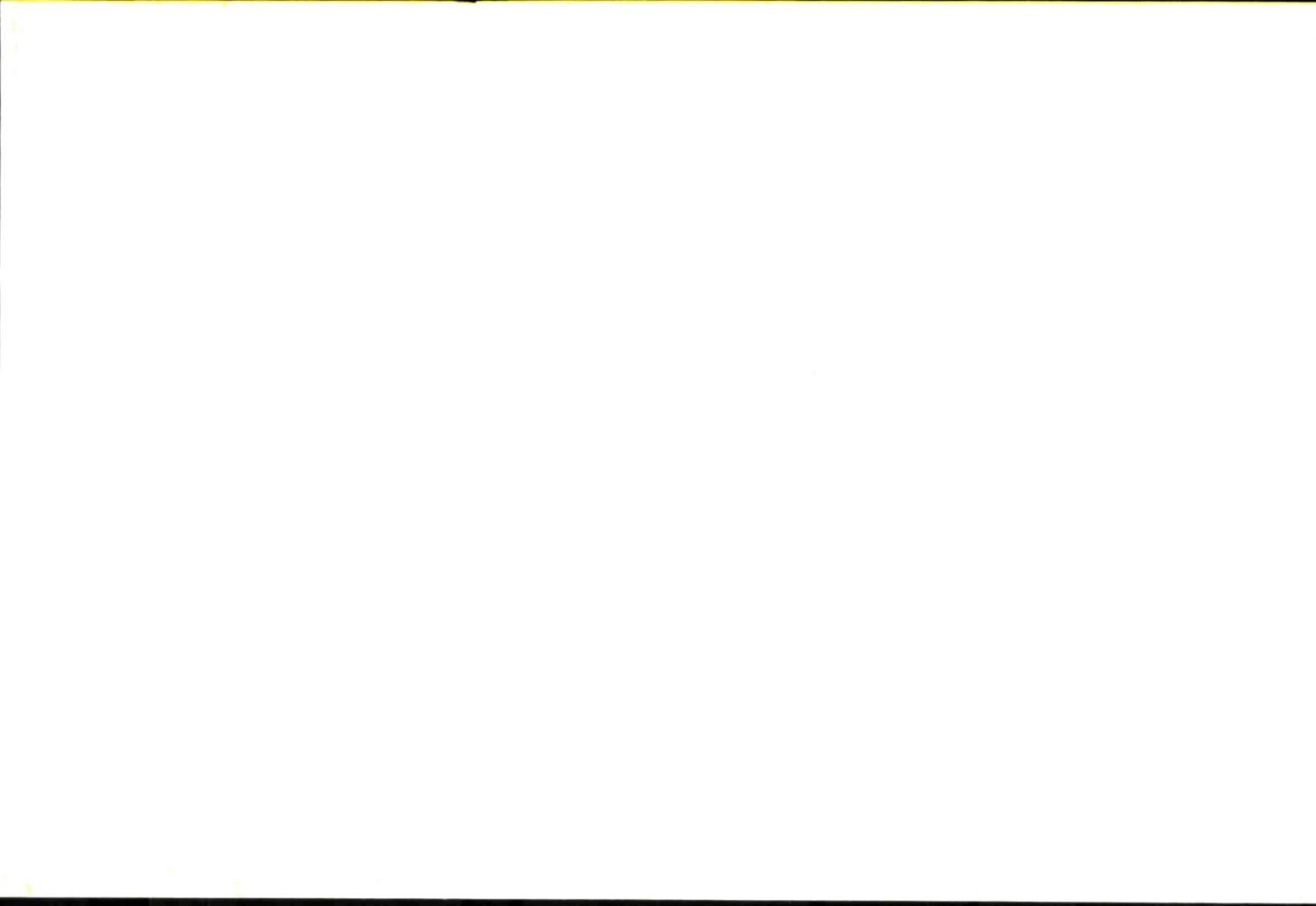
Ohne **Anstrengungen** gibt es keinen Fortschritt; ohne **Opfer** keine soziale Gerechtigkeit.

Ohne Stabilität — wirtschaftlich und politisch — keine Reformen. Wir scheuen uns nicht, dies — sozialgerecht — zu **fordern**.

Soziale und wirtschaftliche Stabilität zu erreichen, ist nicht nur eine Sache richtiger ökonomischer Entscheidungen. Voraussetzungen sind die **politische Stabilität**:

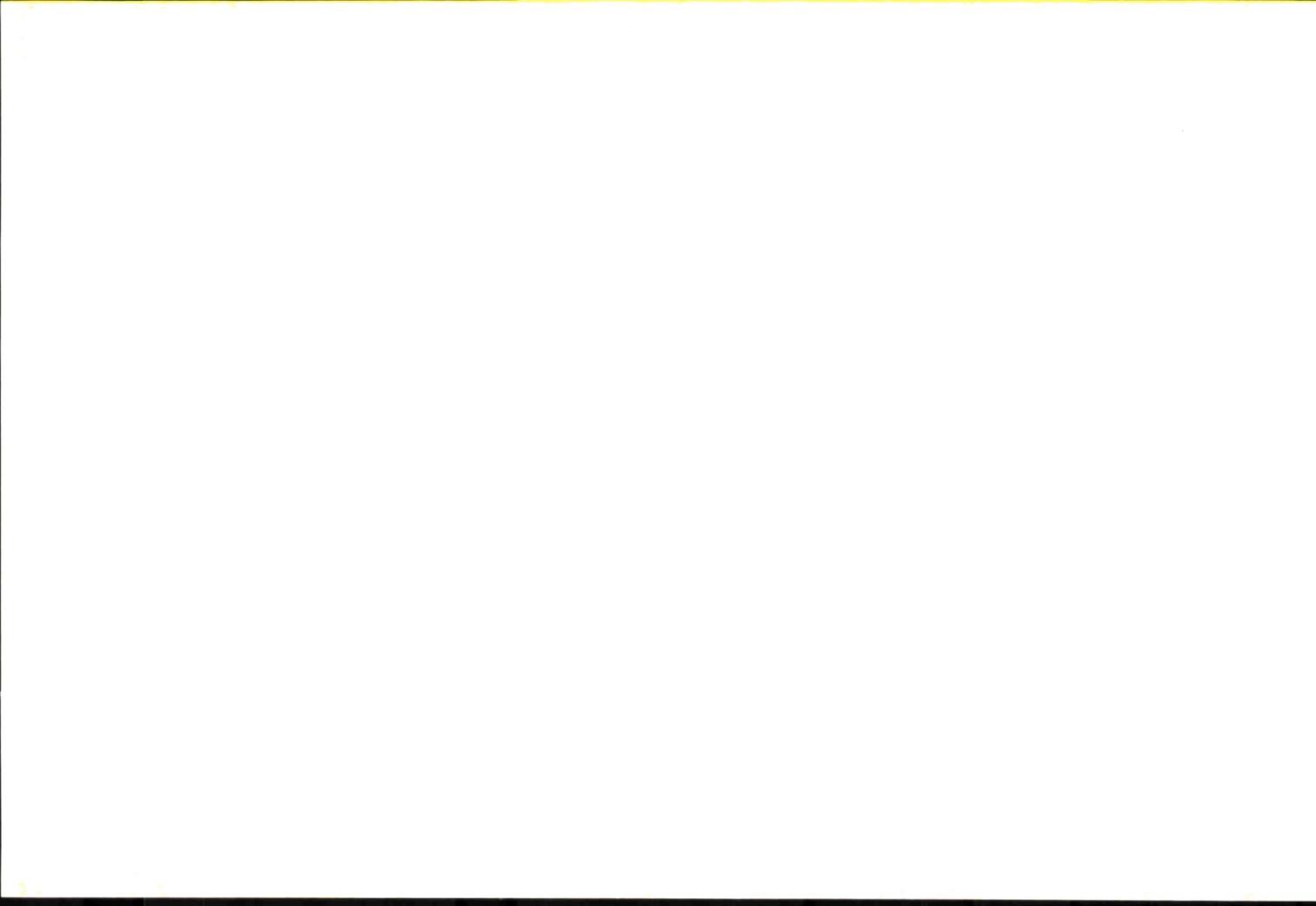
- also klare Mehrheit und klare Führung und die **Ideeelle Stabilität**
- also unmißverständlicher Kampf für die Wertentscheidungen und Zielvorstellungen des Grundgesetzes.

Die Wähler wollen Stabilität. Sie wollen darauf Fortschritt bauen. Sie suchen nach dem neuen Anfang und fragen: Traut ihr euch das zu? Wir haben uns geprüft und vorbereitet und antworten: Ja, miteinander werden wir es schaffen!



Unser Regierungsprogramm:

Wir bauen den Fortschritt auf Stabilität



Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger sollen wissen, für welche Politik sie sich entscheiden, wenn sie die Christlich Demokratische oder die Christlich Soziale Union und deren Kandidatinnen und Kandidaten für den Deutschen Bundestag wählen.

Unsere Politik war und ist Friedenspolitik nach außen **und** nach innen.

Unter den Kanzlern Adenauer, Erhard und Kiesinger haben wir mit Erfolg durch Soziale Marktwirtschaft, durch Soziale Partnerschaft und durch die Politik der europäischen Zusammenarbeit soziale Sicherheit, wirtschaftliches Wachstum, Fortschritt und Frieden erreicht.

Nach drei Jahren einer verfehlten Regierungspolitik steigen die Preise unaufhörlich, treiben wir immer weiter in die Inflation, sind die Staatsfinanzen zerrüttet, ist der Sparer betrogen, sind von Reformversprechungen kaum mehr als leeré Worte geblieben, wächst die Unsicherheit,

beweist der Rücktritt von mehr als einem Dutzend Ministern und Staatssekretären die Führungsschwäche und Zerrissenheit der Regierung.

Es ist Zeit zum Wechsel.

Es ist Zeit für einen NEUEN ANFANG.

Dieses Programm für eine Regierung der CDU/CSU enthält die Schwerpunkte für unsere politische Arbeit. Wir werden es nur verwirklichen können, wenn die Wählerinnen und Wähler uns eine klare Mehrheit geben.

Wir versprechen in diesem Programm nur, was wir auch leisten können. Und wir fordern die **Anstrengungen**, die nötig sind, damit es sozial und gerecht in Deutschland zugeht.

Wir treten ein schweres Erbe an. Wir haben einen harten Weg vor uns. Ohne Leistung und ohne Anstrengung gibt es weder Stabilität noch Fortschritt. Wir bauen den Fortschritt auf Stabilität.

Unser wichtigstes Ziel ist die Stabilität. Wir werden die Interessen einzelner Gruppen dem Gesamtwohl unterordnen. Wir wollen Stabilität bei Vollbeschäftigung und Sicherheit der Arbeitsplätze.

Die Soziale Marktwirtschaft ist die Grundlage für unser wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Handeln. Wir wollen unsere freiheitlich-demokratische Ordnung so fortentwickeln, daß die persönliche Freiheit erhalten bleibt und gestärkt wird.

Alle Bürger müssen am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt teilhaben. Es gilt, stabile Voraussetzungen für den Fortschritt zu schaffen, um so unser Ziel — die Humane Leistungsgesellschaft — zu erreichen.

Unsere Finanz- und Wirtschaftspolitik wird der Stärkung unserer Wirtschaftskraft und unserer außenwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit als Grundlage für eine fortschrittliche Gesellschaftspolitik dienen.

Dazu ist notwendig:

1. Die Neuordnung und Konsolidierung der Staatsfinanzen

Der Bundeshaushalt muß den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung tragen. Das zwingt zunächst

- zu einer soliden, wirtschaftlichen und finanziellen Bestandsaufnahme,
- zu einer gründlichen Durchforstung der Staatsausgaben und
- zu einer Überprüfung von Programmen und Planungen.

Mit dem Haushaltsausgleich verbundene finanzielle Lasten müssen sozial gerecht verteilt werden.

2. Eine mittelfristige Finanzplanung

Sie muß wieder eingebettet sein in eine gesamtwirtschaftliche Projektion, welche die Möglichkeiten und die Grenzen für eine mit der Finanzplanung abgestimmte Sachplanung darstellt.

Da eine gültige mittelfristige Finanzplanung des Bundes nicht vorliegt, werden wir erst nach Einblick in die uns vorenthaltenen Unterlagen aufgrund der genauen Kenntnis der Lage die genaue Antwort über den Weg der notwendigen Gesundung geben können.

Im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen und der Stabilitätspolitik kann der Anteil der Öffentlichen Hand

am Bruttonsozialprodukt nur erhöht werden, wenn es sozial und gesamtwirtschaftlich vertretbar ist.

Eine wirksam handlungsfähige Bundesbank

In der Geld- und Kreditpolitik werden wir die Bundesbank nach Kräften in ihrem Bemühen um eine Geldmengensteuerung unterstützen, die sich am volkswirtschaftlichen Leistungsvermögen orientiert und die zur Überwindung der Inflation unerlässlich ist.

Rechtzeitige Anwendung stabilitätspolitischer Instrumente

Dazu ist insbesondere notwendig:

- der Ausbau des statistischen Instrumentariums in Richtung auf ein „Frühwarnsystem“;
- die Prüfung der stabilitätspolitischen Möglichkeiten regelgebundenen Verhaltens;
- die ständige Auswertung der sozialen Indikatoren.

5. Das enge Zusammenwirken von Regierung und gesellschaftlichen Kräften

Stabilität und Wachstum lassen sich nur dann sichern, wenn der Staat und alle gesellschaftlichen Kräfte ihrer Verantwortung entsprechend handeln.

Dabei sollen Einkommens- und Vermögenspolitik aufeinander abgestimmt werden und zur Preisstabilisierung wie zur Entschärfung von Verteilungskämpfen beitragen.

6. Ein beispielgebendes Marktverhalten der öffentlichen Hand

Die Auftragsvergabe von Bund, Ländern und Gemeinden muß stärker für die Preisstabilisierung genutzt werden.

7. Die Erhaltung und Verstärkung des Wettbewerbs nach innen und außen

Wir werden – schon vor der notwendigen Neufassung des Kartellgesetzes – für eine volle Ausschöpfung des geltenden Wettbewerbs- und Preisrechtes sorgen. In der Europäischen Gemeinschaft werden wir Initiativen für eine weitere gemeinschaftliche Öffnung der Grenzen einleiten; dabei ist der Wettbewerbslage der verschiedenen Bereiche unserer Wirtschaft Rechnung zu tragen.

8. Verstärkte Bemühungen um Stabilität innerhalb der Europäischen Gemeinschaft nach verbindlich vereinbarten Grundsätzen

Das muß die Grundlage einer europäischen regionalen Strukturpolitik sein, die den Mitgliedstaaten

die Bewältigung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Probleme erleichtert.

9. Ein europäischer Beitrag zur stabilitätsorientierten Neuordnung des Weltwährungssystems

Solange sie noch aussteht, halten wir uns die Möglichkeit einer größeren und europäisch abgestimmten Außenflexibilität der Währung offen.

10. Unsere Steuerpolitik wird bestimmt sein von den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit, der Erhaltung und Förderung des Leistungswillens, der Sicherung eines stetigen wirtschaftlichen Wachstums und der Gesundung der Staatsfinanzen.

Dazu gehören die Schwerpunkte:

- Förderung einer ausgewogenen Einkommensverteilung und gerechten Vermögensbildung;
- mehr steuerliche Gerechtigkeit bei Lohn- und Einkommensteuer mit wirksamer sozialer Entlastung, vornehmlich für Bezieher kleinerer Einkommen und kinderreicher Familien;

- Vereinfachung des Besteuerungsverfahrens;
- Beseitigung offenkundiger Mängel im Steuerrecht;
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Steuerverwaltung;
- wettbewerbsneutrale Gestaltung des Steuerrechts, die auch die internationale Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft sichert;
- Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerflucht;
- Unterstützung der Steuerharmonisierung in der EWG.

Wir werden alles tun und nichts unterlassen, um die Preise in den Griff zu bekommen und die Geldentwertung zu bremsen.

Der Staat muß ein Beispiel geben und sparsamer wirtschaften. Alle unsere Programme stehen unter dem Vorbehalt der Stabilität.

II.

Wir treten ein für den Ausbau und die Sicherung des freiheitlichen sozialen Rechtsstaates

Der Staat dient dem Menschen. Seine Aufgabe ist, die Wertordnung unseres Grundgesetzes zu verwirklichen und zu sichern. Dies kann nur im Zusammenwirken mit den freiheitlichen gesellschaftlichen Kräften und durch die kritische und anregende Mitarbeit der Bürger erreicht werden.

Wir bekennen uns zur Autorität des Staates. Staatliche Autorität hat die Freiheit der Bürger und die Gerechtigkeit zum Ziel.

So wie unsere Außenpolitik wird auch unsere Innenpolitik von der Überzeugung bestimmt, daß **Gewalt** und Gewaltandrohung kein Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele sind. Die Verherrlichung von Gewalt, der Klassenkampf und die Zerstörung unserer staatlich-gesellschaftlichen Ordnung stehen im Widerspruch zu unserem Grundgesetz sowie zur demokratischen und sozialen Verantwortung. Hier ist die Grenze der Rücksicht erreicht, denn sonst nehmen Freiheit und Frieden Schaden.

Die Bürger unseres Landes werden wir vor politischer Nötigung, vor Gewalt und Terror schützen. Auf deutschem Boden haben Terrororganisationen keinen

Platz. Wir werden die innere Sicherheit stärken, weil damit der innerstaatliche Friede und die freiheitliche Demokratie gefestigt werden.

Die notwendige **Weiterentwicklung der bundesstaatlichen Ordnung** bedingt die Stärkung der Leistungskraft von Ländern und Gemeinden.

Oberste Maßstäbe unserer **Rechtspolitik** sind die Wertentscheidungen des Grundgesetzes und das ihnen zugrunde liegende Menschenbild. Unsere Reformen müssen den Freiheitsraum des Einzelnen sichern und den freiheitlichen Rechtsstaat ausbauen.

Schwerpunkte der Rechtspolitik sind:

- Reform des Ehe- und Familienrechts, die Ehe und Familie schützt und dem Schwächeren hilft;
- Zusammenfassung des Arbeitsrechtes in einem fortschrittlichen Arbeitsgesetzbuch;
- Fortführung der Strafrechtsreform;
- Neue Strafvorschriften zum Schutz vor Wirtschaftskriminalität. Der Bürger muß vor ausbeuterischen Vertrags- und Geschäftsbedingungen sowie vor unlauteren Werbemethoden geschützt werden;
- Neugestaltung des Strafvollzugs, Verminderung der Rückfallgefahr durch Resozialisierung und

- Schutz der Gesellschaft vor unverbesserlichen Rechtsbrechern;
- Beschleunigung und Vereinfachung der Gerichtsverfahren;
- Opfer von schweren Verbrechen sollen Anspruch auf staatliche Hilfe haben.

Der Bürger hat ein Recht auf eine leistungsfähige **Verwaltung**. Der im öffentlichen Dienst Tätige hat Anspruch auf leistungsgerechte Bezüge.

Unsere Verfassung gewährt dem Einzelnen und den Gruppen ein **Höchstmaß an politischer Freiheit**. Der Auseinandersetzung um neue Ziele und neue Wege der Politik ist ein breiter Spielraum eingeräumt. Die Grenze legalen politischen Handelns beginnt dort, wo die Auseinandersetzung mit unserer politischen und gesellschaftlichen Ordnung umschlägt in verfassungsfeindliche Aktivität.

Eine von der CDU/CSU geführte Bundesregierung wird Angriffen auf unsere **verfassungsmäßige Ordnung** mit allen notwendigen politischen und rechtlichen Mitteln begegnen. Das Instrumentarium der streitbaren Demokratie ist differenziert anzuwenden. Wir wollen durch politische Auseinandersetzungen den Radikalismus zurückdrängen. Voraussetzung für den Erfolg einer politischen Auseinandersetzung mit verfassungsfeindlichen Kräften ist jedoch die Solidarität

der Demokraten und die klare Abgrenzung der demokratischen Parteien von radikalen Kräften.

Wir halten daran fest, daß die Treue zur Verfassung unverzichtbare Eignungsvoraussetzung für alle ist, die im öffentlichen Dienst unseres Staates tätig sind oder sein wollen, und daß sie verpflichtet sind, sich aktiv für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzusetzen.

Das Grundgesetz erklärt die Achtung und den Schutz der Menschenwürde zur ersten Pflicht der staatlichen Gewalt. Die Menschen in unserem Land sollen sich wieder sicherer fühlen. Unser Kampf gilt dem Verbrechen. Unsere Maßnahmen richten sich insbesondere gegen:

- Gewaltverbrechen;
- Straftaten gegen Kinder, alte und hilflose Menschen;
- politische Gewalttaten;
- Rauschgiftkriminalität;
- Wirtschaftskriminalität.

Unsere Polizei ist bei der Erfüllung ihrer Pflichten und ihres schweren Dienstes auf den Rückhalt der politisch Verantwortlichen und aller Bürger angewiesen.

III.

Fortschrittliche Gesellschaftspolitik entscheidet über die Zukunft der Freiheit. Wir wollen eine Reformpolitik der Vernunft, der Solidität und des Möglichen. Unser Leitbild ist die Humane Leistungsgesellschaft.

1. Die zwischenmenschlichen Beziehungen sind immer größeren Belastungen ausgesetzt. Deshalb verdient die **Familie** den besonderen Schutz und die Förderung des Staates. Ihre wirtschaftliche Sicherung muß gewährleistet sein. Wir streben eine Verbesserung der Leistungen für die Familie an; das gilt vor allem für den Familienlastenausgleich.
2. Wir wollen die Stellung der **Frauen** in unserer Gesellschaft stärken. Die Frauen müssen frei entscheiden können, ob sie sich ausschließlich der Aufgabe in Familie und Haushalt zuwenden oder außerdem ganz oder teilweise berufstätig sein wollen. Der Anspruch der Frau auf gerechte Chancen in Bildung, Ausbildung, Fortbildung, Berufsausübung und auf gleiche Aufstiegschancen muß verwirklicht werden.

Wir sind – auch bei den Frauen – für gleichen Lohn bei gleicher Leistung.

Der eigenständige Anspruch der Frau auf ausreichende soziale Sicherung ist für die Zukunft

sicherzustellen. Wir setzen uns ein für eine Stärkung des Ansehens der gesellschaftlichen Leistung der Frauen in Familie und Haushalt.

3. Der **Jugend** bieten wir die Chance, die Gesellschaft verantwortlich mitzugestalten. Wir werden den Dialog mit der Jugend suchen und ermutigen sie, durch Mitdenken und Mitarbeit mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Menschlichkeit und Frieden in unserem Land zu schaffen. Unsere Jugend hat ein Recht auf bessere Bildung und zweckmäßige Ausbildung. Dazu legen wir ein modernes Programm für Bildung und Jugendhilfe vor, das gerechte Chancen für jedermann eröffnet.
4. Unsere **älteren Mitbürger** haben Anspruch auf einen gleichberechtigten und vollwertigen Platz in der Gesellschaft. Dies gilt auch für die Teilhabe am Zuwachs des Volkseinkommens. Erfahrungen, Fachkenntnisse, Verantwortungsbereitschaft und Umsicht der Älteren müssen sich voll entfalten können. Sie sollen mit uns leben und nicht am Rande der Gesellschaft.
5. Die **soziale Sicherung des Einzelnen** bei Unfall, Krankheit und im Alter wird weiter ausgebaut. Die Ansprüche aus der betrieblichen Altersversorgung

müssen gesichert werden. Die verschiedenen Sozialleistungen sind besser aufeinander abzustimmen, um Mängel im Anrechnungsverfahren zu beseitigen.

6. Wir werden die **Versorgung unserer Kriegsopfer** weiterentwickeln und dabei den besonderen Belastungen Rechnung tragen, die das zunehmende Alter für Kriegsopfer mit sich bringt.

7. Unsere **Gesundheitspolitik** wird dazu beitragen, allen Bürgern in Stadt und Land die bestmögliche medizinische Versorgung zu ermöglichen. Das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient muß erhalten bleiben. Die eigene Vorsorge des Einzelnen für seine Gesundheit und die Freiheit der Arztwahl sind unerlässlich. Im Interesse des Patienten streben wir eine Erneuerung der Struktur des Krankenhauses an. Dazu haben wir konkrete Vorschläge im Bundestag gemacht. Wir werden sie durchsetzen.

Weitere Vorsorgeuntersuchungen sind stufenweise in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung aufzunehmen. Wir wollen dem behinderten Menschen helfen, unabhängig von der Ursache der Behinderung in Beruf und Gesellschaft seinen Platz zu finden. Vorrangig sind die Rehabili-

tation und die soziale Sicherung der von Geburt an Behinderten.

8. Soziale Marktwirtschaft schließt ein, daß alle an der Wirtschaft beteiligten Kräfte durch **funktionsgerechte Mitbestimmung** partnerschaftlich zusammenwirken. Ein solches Zusammenwirken schafft die besten Bedingungen für eine freie Selbstentfaltung der Person. Wir haben dazu einen Gesetzentwurf eingebracht, den wir durchsetzen werden.

9. Wir werden unsere Politik „**Eigentum für Jeden**“ fortsetzen. Jeder muß Vermögen bilden können. Der Arbeitnehmer muß sich am Produktivvermögen der Wirtschaft beteiligen können, und zwar in der Form frei verfügbaren privaten Eigentums.

Dazu haben wir ein gesetzesreifes Konzept vorgelegt, das wir verwirklichen werden:

- Teilhabe jedes Arbeitnehmers am Wachstum und Ertrag der Wirtschaft durch den gesetzlichen Beteiligungslohn;
- Förderung der betrieblichen Gewinn- und Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer;
- weitere soziale Privatisierung von Bundesunternehmen;
- Förderung von Beteiligungsgesellschaften für den Mittelstand;

- Förderung des Wohneigentums im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus.
10. Wir wollen – zusammen mit den Ländern – ein **Bildungssystem** verwirklichen, das unserem Leitbild von der Humanen Leistungsgesellschaft entspricht. Es muß die Leistungsbereitschaft des Einzelnen wecken sowie ihn seiner Begabung und Neigung entsprechend fördern.
- Unsere Forderung nach der Wiederherstellung der Stabilität der Staatsfinanzen dient auch der Sicherung der bildungspolitischen Priorität.
- Zu unseren bildungspolitischen Schwerpunkten zählen:
- Reform und Ausbau der beruflichen Bildung:
Wir haben unser Sofortprogramm vorgelegt. Ziel ist, daß jeder Lehrling unabhängig von den Voraussetzungen seines Betriebes seine Ausbildung erfolgreich abschließen kann. Schulische und betriebliche Bildung müssen besser aufeinander abgestimmt werden. Wir wollen dafür sorgen, daß niemand mehr ohne eine berufliche Grundausbildung in das Berufsleben eintritt;
 - Gezielter Abbau des Lehrermangels und der überfüllten Klassen sowie bessere Ausbildung der Lehrer;
- Ausbau der Vorschulerziehung durch gezielte Förderung der Kindergarten- und Vorschulplätze im Zusammenwirken mit den freien Trägern;
 - Zur Sicherung der Freiheit von Forschung, Lehre und Lernen haben wir den Entwurf eines Hochschulrahmengesetzes vorgelegt, der konkrete Vorschläge zur Hochschul- und Studienreform enthält.
 - Wir werden das Angebot an Studienplätzen durch den verstärkten Aus- und Neubau der Hochschulen sowie durch eine bessere Nutzung der vorhandenen räumlichen und personellen Kapazitäten erweitern.
11. Die freie Gesellschaft muß sich vor den **Herausforderungen des technischen Zeitalters** bewähren. Wissenschaft und Technik haben uns eine gewaltige Steigerung der Produktion und Güterversorgung, der Lebenserwartung und des Wohlstandes gebracht. Große soziale Notstände wurden damit überwunden.
- Nun gilt es, mit ihren Folgeerscheinungen und Nebenwirkungen fertig zu werden. Es ist unsere Aufgabe, die natürlichen Lebensbedingungen und mitmenschlichen Beziehungen nicht unter dem Einfluß von Wissenschaft und Technik zerstören zu

lassen, sondern sie mit ihrer Hilfe zu verbessern. Wir werden hierzu für ein enges Zusammenwirken von Staat, Wissenschaft und Wirtschaft sorgen und die aktive Mitarbeit der Bürger erbitten. Die CDU-CSU wird hier einen neuen Schwerpunkt ihrer Gesellschaftspolitik setzen. Wir werden die großen wissenschaftlichen und technischen Programme des Bundes fortführen und sie durch neue Schwerpunkte, wie die Umweltechnologie, ergänzen.

12. Wie bei der Rentenreform haben wir zu den Fragen der Umweltpolitik, der Agrar-, der Energie-, der Verkehrspolitik, der Raumordnung, des Städte- und Wohnungsbaues und des Bodenrechtes sowie des Mittelstandes gesonderte Programme erarbeitet.

Unsere Richtlinien hierzu sind:

In der **Umweltpolitik** werden wir dem Anspruch aller Menschen auf Reinhaltung von Luft und Wasser, offene Flächen für Freizeit und Erholung und Schutz vor Lärm zunehmend Geltung verschaffen. Der Vorsorge gegen Umweltschäden messen wir besondere Bedeutung zu.

Wir bejahren das Verursacherprinzip. Der Verursacher einer Umweltbelästigung muß die Kosten tragen, die bei Vermeidung oder beim Ausgleich der Schäden entstehen. Die Strafen für Umweltständer müssen verschärft werden.

Zur Sicherung gleicher Wettbewerbsbedingungen sind europäische und internationale Abmachungen zum Umweltschutz anzustreben.

Die in der **Land- und Forstwirtschaft** tätigen Menschen sollen in Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben eine sichere Existenz finden. Neben ihrer ernährungs- und gesamtwirtschaftlichen Funktion erfüllt die Land- und Forstwirtschaft durch Sicherung der Besiedlung, durch Erhaltung und Pflege der Landschaft und durch den Schutz der Umwelt wichtige gesellschaftspolitische Aufgaben.

Die Agrarpolitik muß so gestaltet werden, daß die in der Landwirtschaft Tätigen wachsende Einkommen erzielen können, um einen Sozialstatus zu erreichen, der dem anderer Bevölkerungsgruppen entspricht. Die soziale Sicherung ist für die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung auszubauen. Wir müssen den Menschen, die in der Landwirtschaft keine ausreichende Existenzgrundlage finden, den Zugang zu anderen Berufen erleichtern.

Wir werden verstärkt darauf hinwirken, daß die Europäischen Gemeinschaften beschleunigt zu einer Wirtschafts- und Währungsunion und zu einer politischen Union ausgebaut werden. Nur so wird es möglich sein, im Interesse der deutschen Landwirtschaft wirtschaftliche Ungleichgewichte und Wettbewerbs-

verzerrungen zu beseitigen, die sich vor allem infolge von Wechselkursänderungen nachteilig auswirken.

Die **Energiepolitik** muß die sichere und preisgünstige Versorgung der Verbraucher mit Energie ermöglichen. Dazu gehören:

- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Kohle;
- Vorsorge für eine ausreichende Vorratshaltung von Energieträgern;
- Ausweitung des preiswerten und sicheren Energieangebots, insbesondere durch Förderung der Kernenergie und durch Sicherung der Energielieferung aus verschiedenen Herkunftsländern.

Die **Verkehrspolitik** muß – im Interesse der Bürger – die Verkehrssicherheit erhöhen und die Planung der Verkehrswege aufeinander abstimmen, damit die Verkehrsunternehmen auf der Basis eines fairen Wettbewerbs ihre Leistungsvorteile voll entfalten können. Die Bundesbahn und die Bundespost bedürfen dringend einer neuen finanziellen Ordnung.

Für die **Bundesbahn** muß eine klare Abgrenzung der politischen und unternehmerischen Verantwortung sowie eines gemeinwirtschaftlichen und eines eigenwirtschaftlichen Unternehmensbereiches vorgenommen werden.

Für die **Bundespost** muß ein ausgewogenes Verhältnis von Fremdkapital und Eigenkapital hergestellt werden.

Die **Raumordnung** muß zu einer Siedlungs- und Infrastruktur führen, welche die Entwicklungsmöglichkeiten des einzelnen in der Gesellschaft verbessert und eine wachstumsfähige Volkswirtschaft sowie die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilen des Bundesgebietes ermöglicht.

Aufgabe der Raumordnung muß es auch sein, Umweltbeeinträchtigungen auf längere Sicht durch vorausschauende Raumplanung auf ein Mindestmaß zu beschränken.

In den ländlichen Gebieten müssen genügend gewerbliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Eine ausreichende Zahl zentraler Orte soll die Bewohner auf dem Lande mit jenen öffentlichen Dienstleistungen versorgen, die die einzelne Gemeinde nicht bereitzustellen vermag. Mittelgroße Städte sollen zu regionalen Zentren ausgebaut werden.

Im **Städte- und Wohnungsbau** müssen die Bürger bei der Vorbereitung und Planung städtebaulicher Maßnahmen in Stadt und Land rechtzeitig mitwirken können. Zentrales Thema unserer Städtebaupolitik wird die Neugliederung der Stadtkerne sein; dabei

müssen Siedlungseinheiten geschaffen werden, die bestmöglich mit öffentlichen und privaten Versorgungseinheiten ausgestattet sind.

Im Zuge städtebaulicher Maßnahmen müssen Wohnung, Haus und Boden in verstärktem Umfang zur Bildung von Eigentum für breite Schichten der Bevölkerung verwendet werden.

Bei öffentlicher Förderung des Wohnungsbaus sind junge Ehepaare, kinderreiche Familien und alte Menschen besonders zu berücksichtigen. Personenbezogene Förderung muß Vorrang haben. Damit können zugleich Mietverzerrungen und Fehlbelegungen vermieden werden.

Im **Bodenrecht** bekennen wir uns zum privaten Eigentum als der unverzichtbaren Grundlage jeder Bodenordnung. Ebenso eindeutig bekennen wir uns zur besonderen Sozialbindung des Eigentums am Boden. Das bedeutet, daß das private und das öffentliche Interesse gerecht gegeneinander abgewogen werden müssen. Im Falle einer Enteignung, die nach dem Grundgesetz nur zum Wohle der Allgemeinheit erfolgen darf, ist für die Entschädigung der Verkehrswert zur Zeit der Inanspruchnahme des Grundstücks maßgebend. Planungen und Neuordnungen in Stadt und Land müssen von Verzögerungen und ungerechtfertigten Verteuerungen befreit werden. Im Kampf gegen die Bodenspekulation müssen realisierte Veräußerungsgewinne steuerlich erfaßt werden.

IV.

Unsere Politik des Friedens und der Aussöhnung, der guten Nachbarschaft und der gesicherten Freiheit wird unter dem **Verfassungsgebot** stehen, auf das wir durch Eid verpflichtet sind:

„Im Bewußtsein der Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen.“

Wir haben Freunde und Verbündete in der Welt gewonnen, zu denen wir stehen und mit denen wir zusammenwirken. Unser Platz ist an der Seite derer, die Selbstbestimmung und Freiheit so wollen wie wir; die mit uns entschlossen sind, durch gemeinsame Anstrengungen Frieden und Freiheit zu sichern; die mit uns bereit sind, Not und Armut in der Welt zu überwinden.

Unser Mühen um Ausgleich, Verständigung und Aussöhnung gilt allen Völkern, vor allem auch den Völkern Ost- und Mitteleuropas.

Frieden und Zusammenarbeit sind die Hauptaufgaben unserer Zeit. Dem Frieden und der Zusammenarbeit dient am besten, wer die Menschenrechte ver-

wirklicht. Das gilt auch für jene Landsleute, denen Menschen- und Gruppenrechte vorenthalten werden.

Der Deutsche Bundestag hat am 17. Mai 1972 in seiner Entschließung Festlegungen getroffen, die uns verpflichten. Sie sind völkerrechtlich relevant und politisch von der Nord-Atlantischen-Allianz bestätigt worden. So stehen wir auf gutem Grund, wenn wir an dem Ziel unserer Verfassung festhalten: „**In freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.**“

Das freie Berlin, das mit der Bundesrepublik Deutschland unauflöslich zusammengehört, hat unsere Solidarität und unsere Unterstützung.

Wir wollen **Entspannung in Deutschland** durch Freizügigkeit für Menschen, Informationen und Meinungen. Der DDR muß zugemutet werden, der Realität der Einheit unseres Volkes in dem Maße Rechnung zu tragen, in dem wir der Realität ins Auge sehen, daß die staatliche Einheit Deutschlands zur Zeit nicht verwirklicht werden kann. Wir sind – bei allen grundsätzlichen Unterschieden, die wir nicht verwischen – im Interesse der Menschen in dem Maße zum Miteinander mit der DDR bereit, in dem diese Schritt um Schritt den Weg

für die Freizügigkeit freigibt. Wir haben dazu einen Stufenplan vorgelegt, den wir fortentwickeln werden.

Wir bejahren Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands, die

- das Leben im geteilten Land erleichtern,
- die Fundamente künftiger Einheit erhalten und
- den Weg zu einer friedlichen Ordnung in Europa ebnen.

Konkrete innerdeutsche Abmachungen sind vor allem hierzu erforderlich:

- Herabsetzung der Altersgrenze für Ost-West-Reisende,
- Reisen in dringenden Familienangelegenheiten in beiden Richtungen,
- Familienzusammenführung und Heirat von Personen aus beiden Teilen Deutschlands,
- Touristenverkehr in beiden Richtungen,
- kleiner Grenzverkehr und behördliche Zusammenarbeit,
- Aufhebung postalischer Beschränkungen,
- umfassender Kultur- und Sportverkehr.

Wir wollen

- gute Beziehungen mit allen Staaten Ost- und Mittel-europas und

- Vermehrung des wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Austausches.

Wir hoffen, auf diese Weise zur Verständigung und Zusammenarbeit im Interesse des europäischen Friedens beizutragen.

Wir sind bereit, die internationalen Vorhaben

- einer Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sowie
- einer Konferenz über die ausgewogene, gegenseitige Truppenverdünnung in Europa

in dem Maße zu unterstützen, indem auf diesem Wege beigetragen werden kann zur Entspannung nicht nur mit Worten, sondern in den Realitäten.

Voraussetzung bleibt die **Sicherheit** der Bundesrepublik Deutschland. Ihre innere und äußere Freiheit werden wir schützen, indem wir ohne Vorbehalt in der atlantischen Gemeinschaft zu Frieden und Sicherheit beitragen.

Unsere Wertordnung der Freiheit zu verteidigen, ist Sache aller Bürger. Wir werden uns bemühen, die Bereitschaft dazu in unserem Volk und besonders in der jungen Generation wachzuhalten und werden darauf hinwirken, daß in den Schulen über die Notwendigkeit der Landesverteidigung und die Bundeswehr sachlich informiert wird.

Bündnis und Bundeswehr sichern den Frieden.
Wehrdienst ist Friedensdienst.

Wir werden die Dienstgerechtigkeit verbessern, die Plätze im Zivildienst vermehren und die Bundeswehr personell und materiell so ausstatten, daß sie auch in Zukunft ihrer Aufgabe gewachsen bleibt. Dazu werden wir ihr Ausbildungssystem sowie die Wehr- und Personalstruktur der Streitkräfte erneuern.

Wir haben unsere Interessen und unsere Wirtschaftskraft endgültig in die Gemeinsamkeit mit unseren europäischen Nachbarn eingeordnet. Unser Ziel ist der europäische Bundesstaat. Wir wollen ihn durch praktische Schritte erreichen, welche unwiderrufliche Tatsachen auf dem Wege zur Vereinigung Europas schaffen.

Wir werden den Stufenplan, den wir hierzu vorgelegt haben, weiterentwickeln. Gleichzeitig mit den Schritten zur Wirtschafts- und Währungsunion wollen wir auch die politische Vereinigung Europas anstreben durch

- Pflicht der Partner, einander über wichtige politische Fragen zu unterrichten und die Meinung der anderen einzuholen,
- die Zusammenarbeit und das Zusammenwirken in Bereichen der gemeinsamen Politik,

● die Bildung der Politischen Union.

Wir wollen die Gemeinschaft und ihre Organe stärken und ausbauen. In Fragen des Umweltschutzes und der modernen gesellschaftspolitischen Probleme muß die Gemeinschaft vermehrte Zuständigkeit erhalten und wirksamer werden.

Das sich vereinigende Europa muß seine Beziehungen zu anderen ordnen durch

- einen Konsultations- und Kooperationsvertrag zwischen den USA und der Gemeinschaft,
- einen Kontakt-Ausschuß mit den Staaten Ost- und Mitteleuropas,
- eine abgestimmte Politik gegenüber den Ländern der dritten Welt, einschließlich der Entwicklungspolitik auf der Grundlage der internationalen Solidarität.

Wir haben unsere Zukunft endgültig auf den Vorrang der Politik der Vereinigung des freien Europa gesetzt. Indem wir diese einzige verwirklichte Europäische Friedensordnung ausbauen, dienen wir — durch Friedfertigkeit, vermehrten Austausch und Offenheit nach Osten — einem Europa, das allen Europäern Frieden, Gerechtigkeit und Zusammenarbeit bringt.

Unsere Politik ist eine Politik der Mitte, eine Politik

- des äußereren **und** des inneren Friedens,
- der gesicherten Freiheit,
- des sozialen Ausgleichs,
- der Stabilität, des Fortschritts und der Vernunft.

Unsere Politik ist **Dienst** am Menschen. Sie beschränkt sich auf das Wesentliche und auf das Mögliche.

Unsere Politik ist **Dienst** auch im Sinne unserer Verfassung:

Wir wollen den Nutzen des deutschen Volkes mehr und Schaden von ihm wenden, — unseres Volkes, für das wir Einigkeit und Recht und Freiheit erstreben.

